

## Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben

### Budget: THH 9.1

In der u.a. Tabelle sind abschließend alle freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Bescheinigung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
61.10 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	Hundesteuer	Erträge: 90.000 €	1. Pflichtaufgabe 2.-9. nein	Die Hundesteuer wurde zum 01.01.2011 angehoben und beträgt 87 Euro pro Ersthund. Für den zweiten und jeden weiteren Hund erhöht sich dieser Steuersatz auf das Doppelte. Der durchschnittliche Steuersatz der Umlandgemeinden sowie der vergleichbaren Großen Kreisstädte beträgt im Jahr 2016 90,00 Euro für den Ersthund und 180,00 Euro für den Zweithund.	Erhöhung der Hundesteuer auf 99,00 € für den Ersthund.	12.120 €	Erhöhung der Hundesteuer auf 99 Euro für den Ersthund und 180 Euro für den Zweithund.	
61.20 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	612010000 Beteiligung Palatin	Aufwendungen: 881.600 €, davon Verlustzuweisung: 500.000 €						Prüfung der Personalkosten evtl. durch Gutachten/Consulting; Prüfung von Personaleinsparungen durch Outsourcing (z.B. Housekeeping, Veranstaltungstechnik); Prüfung eines möglichen Verkaufs; Prüfung einer möglichen Umnutzung (Vorschläge wurde im Rahmen der Arbeitsgruppe SW/Beteiligungen erarbeitet.); Palatinmitarbeiter müssen wie Verwaltungsmitarbeiter für das Parken in der TG Gebühren bezahlen
11.10 Steuerung	ehrenamtl. Entschädigungen	s.o.	1. Pflicht § 19 GemO 2. ja, Reduzierung der Entschädigungssätze, aber neu: Entschädigung der Mitglieder des JGR!	Die Entschädigungssätze wurden bereits 2011 um 10 % reduziert (monatlich: 135 € für GR; 60 € für OR; 67,50 € für FV)			Jugendgemeinderat muss in die Satzung mit aufgenommen werden.	
	Veranstaltungen	s.o.	1. freiwillig 2. nein 3. ja, z.B. Durchführung Neujahrsempfang im Rathaus; aber: Personaleinsatz	Dachterassenfest: 650 € GR-Ausflug: 4.700 € (ohne Eigenbeteiligung/Steuer) oder Sommerfest: 3.000 € Neujahrsempfang: 6.500 € (2017 bereits reduziert um ca 2.000 €)	Wegfall oder kostenneutrale Beteiligung	ca. 11.800 €	Eigenbeteiligung erhöhen, Abschaffung Sommerfest	
	Amtliche Bekanntmachungen im Internet	s.o.	1. Pflichtaufgabe § 34 Abs. 1 GemO 2. ja, bei Veröffentlichung im Internet	Nur Personen mit Internetanschluß werden erreicht. (Rückgang der Anzeigenaufträge bei den Print-Medien) Lt. Empfehlung des Städtetages sollen die Amtl. Bekanntmachungssatzungen erst geändert werden, wenn die rechtl. Grundlage geschaffen ist, dass alle Amtlichen Bekanntmachungen via Internet veröffentlicht werden können.	Anzeigenpreise (beschränkt auf Sitzungen)	ca. 5.000 €		Soweit möglich nur noch im Internet, Umfang muss noch geprüft werden.

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
11.13 Rechnungsprüfung	111301000 Rechnungsprüfung 1110302000 Übertragene Rechnungsprüfung und Prüfungen, die sich die Kommune vorbehalten hat	Erträge: 14.400 €  Aufwendungen: 172.966 €, davon Personal 134.550 €	1. a) Pflichtaufgaben lt. 110 -112 GemO 1 b) Freiwillige (übertragene) Aufgaben: Prüfungen AHW, Sonderschulverband; Musikschule, Metropolpark gegen Kostenerstattung. 2. Nein 3. Nein 4. Ja 5-8. Nein 9. Ja	Die Personalkapazität des RPA (ohne technische Prüfung) wurde 2004 im Rahmen einer Personalkonsolidierungsrunde von 2,0 auf 1,5 Stellen reduziert. Aufgrund der längerfristigen Erkrankung (seit 4 /2016) der beamteten Halbtagskraft und der Fortzahlung der Bezüge wird seit 1.2.2017 durch zusätzlichen Teilzeiteinsatz eines Fachangestellten das Mindestmaß an versäumten Prüfungen nachgeholt. Mehrkosten von Februar 2017 bis August 2017 rund 20.000 €. Zukünftige Einsparungen sind nur möglich, wenn eine Lösung über das Wiedereingliederungsmanagement erfolgt.	Bei Reduzierung der Prüftätigkeiten für die Verbände entfallen die Erträge.	0 €		Neukalkulation und Festlegung der Kostensätze RPA
11.14-91 Zentrale Funktionen	111403000 Gesamtpersonalrat	Aufwendungen: 46.400 € , davon Personal 41.400 €	1. freiwillig 2. ja bei Abschaffung oder Kostenübernahme	Weihnachtsfeier mit GR, Personal und Pensionären: 13.000 € (bisher gebucht bei 111001000) Betriebsausflug: 1.500 € Stärkung des WIR-Gefühls, Attraktivität als Arbeitgeber, Engagementeinbußen	Wegfall oder kostenneutrale Beteiligung	14.500 € teilw. aus KoSt 111001000	GR Weihnachtsfeier: Einführung kostendeckende Eigenbeteiligung	Weihnachtsfeier GR: Andere Örtlichkeit prüfen, sowie evtl. Trennung GR/Verwaltung
	111401000 und 111402000 Gleichstellung von Mann und Frau	Aufwendungen: 11.800 €, davon Personal; 9.800 €	1. § 25 Abs. 2 ChancenG verpflichtet Gemeinden mit einer Ew-Zahl unter 50.000, eine zuständige Person oder Organisationseinheit zu benennen, die die Aufgaben der Frauenförderung und Chancengleichheit inhaltlich und fachlich begleitet. Jedoch bezieht sich dies allein auf die behördeninterne Aufgabenwahrnehmung. 2. ja, z.B für externe Veranstaltungen wie Frauenfrühstück: höhere Eigenbeteiligung oder Wegfall 3. ja, nur noch interne Angelegenheiten bearbeiten 4. ja	Internationaler Frauentag, Frauenfrühstück; (Personalkosten der städt. Mitarbeiterinnen) Sachaufwendungen wurden 2013 um 10.000 € gekürzt.	Wegfall oder kostenneutrale Beteiligung	ca. 2.000 €	Einsparung der externen Veranstaltungen	
57.10 Wirtschaftsförderung	571001000 bis 571005000 Wirtschaftsförderung	Erträge: 3.000 €  Aufwendungen: 186.034 €, davon Personal: 175.400 €	1. freiwillige Aufgabe 2. nur bei Reduzierung der Leistungsziele 3. s.o. 4. erfolgt bereits mit der Stadt Walldorf 5. nein 6. - 9. nein	Bei Reduzierung/Abschaffung der Stelle Wirtschaftsförderung nur noch eingeschränkte bzw. keine Möglichkeiten mehr Unternehmen zu unterstützen und zu akquirieren. Einflußmöglichkeiten bei Vermarktung von Gewerbeflächen geringer.	Sachaufwendungen: Personalaufwendungen:	6.850 € 139.500 €		Überprüfung der Leistungs-Ziel- vereinbarung bzw. Festlegung einer Leistungs-Ziel-Vereinbarung, VKSS 12.07.2017.

#### Sparvorschläge Bürger und Verwaltung ZB:

Datum	Absender	Sparvorschläge	Begründung / Anmerkungen / Prüfungsauftrag aus Klausurtagung	
22.02.2017	Esther Rothenhöfer	Kommunale Steuer auf leerstehende Gewerbeflächen im Stadtzentrum; Ziel: Senkung der Mietpreise	Prüfauftrag an die Verwaltung	Prüfauftrag an die Verwaltung

# Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben

## Budget: THH 1.1

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
1114-11 Zentrale Funktionen	111411000 Weitere Zentrale Funktionen	Aufwendungen: 40.350 € davon Personal: 24.800 €	1. freiwillig 2. wurde 2010 im wesentlichen beschränkt auf die Doppelmitgliedschaft Städtetag/Gemeindetag 3. nein, nicht empfehlenswert 4. das ist interkommunale Zusammenarbeit 5. nein 6. nein 7. nein 8. nein 9. sind bereits ausgeschöpft	Reduzierung der überörtlichen Zusammenarbeit, Einschränkung der Austausch- und Beratungsmöglichkeiten; einheitliche Interessenvertretung der Städte und Gemeinden durch die kommunalen Spitzenverbände. Wichtiges Netzwerk.	Städtetag: 11.000 € Kommunaler Arbeitgeberverband: 1.300 € vhw Bundesverband: 310 € Verband der Postbenutzer: 1.285 €  Gemeindetag: 7.700 € (wird derzeit noch im THH 9.1 gebucht)	13.895 €		Mitgliedschaften grundsätzlich in allen Fachbereichen überprüfen Anmerkung aus Arbeitsgruppe 9.1, Prüfung ob Mitgliedschaft in GT und ST notwendig ist und welche Einsparung liegt vor wenn keine Doppelmitgliedschaft.
11.24-11 Grundstücks- und Gebäudemanagement	112409801 Vergabe städt. Räume	Erträge: 900 €  Aufwendungen: 15.050 € davon Personal: 14.950 € und Sachaufw.: 200 €	1. freiwillig 2. ja, bei geringen Gebühren bis 10 € keine Gebührenerhebung mehr 3. nein	Bei der überwiegenden Mehrzahl der (Dauer-) Nutzerinnen/Nutzer handelt es sich um gemeinnützige Einrichtungen wie: Sozialstation, Netzwerk Asyl, Wieslocher Tafel, Zeitgeschenk, Mieterberatung, Energieberatung etc. Lediglich bei Ausstellungen im Foyer und Seminaren der Verwaltungsschule werden Gebühren erhoben.	Anhebung der Gebühren			Anpassung der Gebühren bei nicht gemeinnützigen Einrichtungen. Darunter fallen auch die Energieberatung und Mieterberatung.
11.30 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	113002000 Internetangebot 113003000 Print- und Non-Print-Medien 113004000 Werbung, Vermarktung 113005000 Pressearbeit	Aufwendungen: 80.936 € davon 5.000 € "Projekt Echt.Wiesloch" und 12.000 € Kosten Internet; Personal: 57.250 €	1. freiwillig, jedoch zur Aussendarstellung der Stadt erforderlich, 2. ja, bei Aufgabenreduzierung 3. nein 4. nein, da individuelles "Marketing" 5. nein	Bei Einschränkungen keine Gewährleistung einer Servicestelle für interne und externe Ansprechpartner. Reduzierung (Verschlechterung) der Außendarstellung der Stadt. "Wettbewerb" der Städte und Gemeinden. Informationsbedürfnis der Einwohnerinnen und Einwohner.	Sachaufwendungen: Personalkosten: Einsparung gesamt:	19.750 € 57.250 € 77.000 €		Mehr Pressearbeit aus erster Hand auch aus GR-Sitzungen bei wichtigen Themen, als Stadt offensiver auftreten. eventuell Wochenrückblick/Wochenkalender (Facebebook) Vorschlag: mit der Wasserrechnung allgemeine Informationen an die Bürger verschicken
28.10-11 Sonstige Kulturpflege	281002002 Winzerfest	Winzerfest + Wein und Markt: Erträge: 31.000 €  Aufwendungen: 61.554 € davon BauhoLeistungen: 35.004 €, Personal: 4.400 €	1. freiwillige Aufgabe 2. ja, bei Wegfall der städt. Beteiligung 3. nein, bereits Mindestmaß 4. nein 5. Fest ist bereits weitgehend privatisiert. 6. nein 7. erfolgt bereits 9. ja	Bei Wegfall der städt. Beteiligung (überwiegend BauhoLeistungen) besteht die Gefahr, dass das traditionelle Fest stirbt und die Stadt ihren Einfluss auf Ausgestaltung und Programm verliert. Seit 2016 wird Neukonzeption mit Bürgerbeteiligung (Schwerpunkt Gerbersruhparke) durchgeführt.	Erträge BauhoLeistungen Personalkosten 1.1 Sachaufwendungen: Einsparung gesamt:	31.000 € ca. 35.000 € 4.400 € 22.150 € 30.550 €		Wein und Markt mit Herbstmarkt zusammenlegen, um BauhoLeistungen zu reduzieren. Getrennte Kostenaufstellung Wein und Markt und Winzerfest.  Wo ist der Herbstmarkt gebucht? Was kostet der Herbstmarkt die Stadt? BauhoLeistungen auflisten Was zahlen Nutzer an Verkehrsverein für Standplatz Wein und Markt? Sondernutzungsgebühren an die Stadt?  Häufige Verrechnung der BauhoLeistungen an Veranstalter oder gewerbliche Händler?
	281002003 Weihnachtsmarkt	Aufwendungen: 51.050 € davon Personal: 2.500 €, Sachaufwend.: 12.350 €, BauhoLeistungen: 36.200 € (incl. Weihnachtsbel.)	1. freiwillige Aufgabe, 2. Weihnachtsmarkt ist privatisiert 3. ja, bei Wegfall der städt. Beteiligung (8.000 € Zuschuß an Stadtmarketing e.V.) 4. nein 5. s.o. 7. erfolgt bereits	Neukonzeption erfolgte 2014 (Privatisierung). Stadtmarketing e.V. wurde mit der Durchführung des Weihnachtsmarktes beauftragt, gleichzeitig Ausdehnung auf 3 Wochen. Bauhof- und Verwaltungsleistungen werden nicht berechnet.	BauhoLeistungen Sachaufwend.: Personalkosten 1.1 Einsparung gesamt:	ca.36.200 € 12.350 € 2.500 € 51.050 €		Kostenaufstellung in Bezug auf Zuschuss Stadtmarketing und insgesamt, auch BauhoLeistungen. Zuschuss an Stadtmarketing 8.000 € beschlossen! Inkl. BauhoLeistungen. Weihnachtsmarkthütten: bei Ersatzbeschaffung darauf achten, dass neue Hütten bzw. Zelte leichter zu transportieren sind.

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
	281004000 Stadtfest	Aufwendungen: 30.042 € davon Personal: 4.400 €, Sachaufwend.: 7.150 €, Bauhofleistungen: 18.492 €	1. freiwillige Aufgabe, 2. Fest ist weitgehend privatisiert 3. ja, bei Wegfall der städt. Beteiligung 4. nein 5. s.o. 7. erfolgt bereits	Das Fest wird von den Wieslocher Gastronomen organisiert, finanziert und durchgeführt. Die Stadt beteiligt sich mit 10.000 € (infrastrukturelle Maßnahmen), Bauhofleistungen und Organisation. Bei Wegfall der städt. Beteiligung besteht die Gefahr, dass das Innenstadt-Fest stirbt und die Stadt ihren Einfluss auf die Gesamtveranstaltung verliert	Sachaufwend. Bauhofleistungen Personal 1.1 Einsparung gesamt:	7.150 € 18.500 € 4.500 € 30.150 €		Kostenaufstellung; Bei Beschluss eines Zuschusses soll klar sein, dass Bauhofleistungen enthalten sind.
	281003000 Veranstaltungskalender	Personal: 4.400 €	1. freiwillige Aufgabe 2. nein 3. Wegfall 4.-9. nein	Für die Bürgerschaft und auch die Vereine ist der Veranstaltungskalender eine wichtige Informationsquelle und Planungsinstrument zur Koordination großer Veranstaltungen.	Personal:	4.400 €		Überprüfung der Personalaufwendungen (Zeitanteil) eventuell Onlineplattform zur Vereinfachung der Zusammenstellung
57.50 Tourismus	575007000 Gästeinformation	Erträge: 400 €  Aufwendungen: 3.400 € davon Personal: 3.150 €, Sachaufwend.: 350 €	1. freiwillige Aufgabe 2. nein 3. Wegfall 4.-9. nein	Kein Versand von Gästeinformationen mehr, Informationen über Wiesloch nur noch online.	Erträge: Personal: Sachaufwendungen: Bauhofleistungen: Einsparung gesamt:	400 € 3.150 € 350 € 300 € 3.100 €		streichen, wobei grundsätzlich der Bereich Tourismus im Rahmen von INSEK ebenfalls beleuchtet werden soll. Künftig wird eher der Ausbau des Bereichs Tourismus angestrebt.
11.21-11 Personalwesen	Springerstellen/ keine befristete Übernahme Azubis	Personalkosten: ca. 100.000 €	1. freiwillig; 2. nein; 3. ja; 4. denkbar 5. - 9. nein/entfällt	Springerstellen wurden im HH 2017 eingeführt, aktuell ist eine davon im techn. Bereich besetzt; bei Wegfall: Arbeitsrückstände bei Ausfall von Mitarbeitern/innen bzw. bei erhöhten Arbeitsaufwand durch Projekt u. ä.	Streichung der Springerstellen	ca. 100.000 €		Bericht im Ausschuss.
	PEP- Personalentwicklungs- planung	10.000 €	1. freiwillig 2. nein, nur Reduzierung/Wegfall einzelner Themen 3. ja; 4. denkbar; 5. denkbar, aber wäre wohl nicht günstiger 6. - 9. nein/entfällt	Es könnten zwar Kosten eingespart werden, dies dient aber nicht der Personalentwicklung und -förderung, was langfristig gesehen nicht sinnvoll ist. Förderung der Attraktivität als Arbeitgeber, Sicherung von qualifizierten Nachwuchskräften durch "weiche Faktoren". Demographische Entwicklung. Familienfreundlichkeit.	keine Durchführung von weiteren PEP-Maßnahmen	10.000 €		Reduzierung auf 5.000 Euro.
	Bearbeitung Kindergeldfälle	3.000 €	1. Pflichtaufgabe 2. ja; 3. nein; 4. wird derzeit praktiziert; 5. denkbar; 6. ja, aber keine Eigenregie, sondern Abgabe an BA; 7. - 9. nein	langfristig Abgabe der Abrechnung Kindergeldfälle entgeltfrei an die Bundesagentur für Arbeit (BA), Familienkassenreform derzeit in Planung; Zeitpunkt einer Übergabe ist noch unklar; Interesse an Abgabe wurde bekundet; bisher läuft die Bearbeitung über die Stadt Mannheim (gegen Gebühr)	bei Abgabe an BA keine Gebühren mehr (derzeit ca. 950,00 bis 1.000,00 € pro Quartal)	ca. 4.000 €		Einsparung wird vorgenommen, sobald die Kindergeldfälle an die BA abgegeben werden können.
11.14-11 Zentrale Funktionen	111405000 Datenschutzbeauftragte	Aufwendungen: 18.500 € davon Personal: 17.100 €, Sachaufwend.: 1.400 €	1. nein, § 10 LDSG noch "kann"-Bestimmung, aber: EU- Datenschutz-Grund-VO gilt ab Mai 2018, dann DS-Beauftragte/r verpflichtend 2. derzeit nicht 3. nein 4. ja/nein, mehrere Kommunen könnten DS-Beauftragte bestellen 5. ja, z.B. KIVBF könnte Aufgabe übernehmen, Kostenfrage? 6.-9. nein	Funktion DS-Beauftragte/r muss spätestens ab 2018 eingerichtet werden, geltendes Recht muss beachtet werden, Bündelung des Wissens an einer Stelle sinnvoll, DS-Beauftragte/r soll unabhängig von Rest-Organisation sein	Personalkosten: Sachaufwendungen: Einsparung gesamt:	17.100 € 1.400 € 18.500 €		Möglichkeit der Interkommunalen Zusammenarbeit prüfen.
11.23-11 Justizariat 11.31 Kommunalaufsicht	112301000 - 1123014000 Rechtsberatung, Entscheidung in Rechtssachen, gerichtliche Vertretung und  113105000 Bearbeitung von Widersprüchen	Erträge: 3.516 €  Aufwendungen: 39.850 € davon Personal: 34.250 €, Sachaufwend.: 5.600 €	1. Justizariat an sich ist keine Pflichtaufgabe, 2. nein, durch die Zentralisierung bereits geschehen 3. nein 4. wäre möglich 5. möglich, jedoch kein direkter Ansprechpartner vor Ort, Vielzahl von Beratungen 6. -9. nein	Die zentrale Stelle für Rechtsberatung ist eine wichtige Anlaufstelle für alle Rechtsfragen der Stadtverwaltung, gerade bei Verträgen, grundsätzlichen Fragen und neuen allgemeinen rechtlichen Regelungen, Bsp. Landesinformationsfreiheitsgesetz, Reichsbürger etc. Daneben werden in speziellen einzelnen Rechtsfragen wie z.B. Steuerrecht oder Planungsrecht auch Aufträge an spezialisierte Anwaltsbüros vergeben.	Erträge: Personalkosten: Sachaufwendungen: Einsparung gesamt:	3.516 € 34.250 € 5.600 € 36.334 €		Bericht über die Tätigkeiten der Stelleninhaber:in. Zusammenarbeit mit großen Kanzleien prüfen (Rahmenvertrag).

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
57.10-11 Wirtschaftsförderung	571004001 Stadtmarketing, 571004002 Projekte Stadtmarketing	Personal: 12.650 € (Projekt Echt.Wiesloch vgl. Kostenstelle 113004000)	1. freiwillige Aufgabe 2. ja, bei Wegfall 3. nein, bereits Mindestmaß 4. nein, da individuelles "Marketing" 5. ja, aber Sachaufwendungen erforderlich 7. erfolgt teilweise bereits	Bei Wegfall wären keine Projekte zur Steigerung der Attraktivität der (Innen-)Stadt mit Beteiligung der Stadtverwaltung mehr möglich. Bei "Privatisierung", z.B. Gründung einer Stadtmarketing GmbH wären Sachaufwendungen erforderlich.	Personalkosten, 1/5 Stelle (Sachkosten vgl. KoSt. 113003000)	12.650 € (5.000 €)		Grundsatzfrage: Was wollen wir im Bereich des Stadtmarketing erreichen? Rolle Stadt <-> Stadtmarketing e.V.? Rechenschaft aus Stadtmarketing e.V.

#### Sparvorschläge Bürger und Verwaltung THH 1.1:

Datum	Absender	Sparvorschläge	Begründung / Anmerkungen / Prüfungsauftrag aus Klausurtagung		
22.02.2017	Vo.Go. über Wiesloch Blog	Veröffentlichungen der Stadt Wiesloch im Internet auf Belange der öffentlichen Verwaltung reduzieren; keine Werbung für Unternehmen, Vereine usw. Aktuelle und richtige Informationen auch über Jugendgemeinderat und Metropark.	vgl. 9.1		
16.02.2017	Tom Dreher über Wiesloch Blog	Abschaffung der Verwendung der Verkaufsbuden der Stadt Wiesloch für Veranstaltungen kürzer als 3 Tage; Vereine kaufen aus ihren Erlösen Partyzelte/Pagodenzelte für 270-500 Euro	Bei Ersatzbeschaffung der Hütten darauf achten, dass Hütten bzw. Zelte künftig leichter zu transportieren sind, damit für Vereine die Bauhofkosten nicht so hoch werden.		Bei Ersatzbeschaffung der Hütten darauf achten, dass Hütten bzw. Zelte künftig leichter zu transportieren sind, damit für Vereine die Bauhofkosten nicht so hoch werden.
30.04.2017	FB 1	Überprüfung Rufbereitschaft	Prüfung Reduzierung Kosten Rufbereitschaft, Zusammenlegung Rufbereitschaft Bauhof/SW		Prüfung Reduzierung Kosten Rufbereitschaft, Zusammenlegung Rufbereitschaft Bauhof/SW



**Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben**  
**Budget: THH 1.2**

In der u.a. Tabelle sind abschließend alle freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
Zentrale Dienstleistungen 11.26-12	112605000 Hausmeisterdienste	Aufwendungen: 81.050 € davon Personal: 79.450 €, Sachaufw.: 1.600 €	1. Zur Betreuung der Gebäude, Einrichtung und technischen Anlagen sowie zur Gewährleistung eines ordentlichen Dienstbetriebs (Sitzungsdienst, Schließdienst) sind eigene Hausmeister erforderlich. 2. Ja, siehe rechts. 3. Ja, siehe rechts. 4. Nein 5. Nur bedingt auf private Dienstleister übertragbar. 6. Nein 7. Nein 8. Ja, siehe rechts. 9. Nein, siehe rechts.	Vorschlag: - Aufnahme in den Hausmeisterpool, bringt Vorteile bei Vertretungen.	Personalkosten; ggf. mittelfristig Einsparung einer halben Stelle insgesamt.	20.000 €		mittelfristig sollen die Hausmeister Rathaus in den Hausmeisterpool aufgenommen werden, dann ggf. Reduzierung der Kapazität. Aufgabenkritik.





**Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben**  
**Budget: THH 2.1**

In der u.a. Tabelle sind abschließend alle freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
11.12-21 Steuerungsunterstützung / Controlling	111202000 Ziel-, Leistungs- und Budgetvereinbarungen  111203000 Vollzug des Ziel-Leistungs- und Budgetplans (Controlling)	Aufwendungen: 74.680 EUR davon Personal: 71.350 EUR	1. Pflichtaufgabe, da Bestandteil des NKHR 2. und 3. Controlling wurde im Rahmen der bisherigen Sparmaßnahmen bereits auf Mindeststandards reduziert. 4. bis 9. Nein	Bereitstellung des Haushaltsplans für den Gemeinderat sowie für die Haushaltsverantwortlichen nur noch in digitaler Version.	Einsparung der Erstellungs- und Druckaufwendungen. Personalaufwendung ca. 400 € Sachaufwendungen ca. 1.300 €	1.700,00 €		Änderung der HH-Beratung, da für Investitionen zu wenig Zeit.
11.22 Finanzverwaltung, Kasse	112201000 Haushalts- und betriebl. Dienstleistungen 112202000 Aufgaben der Stadt als Steuerschuldner 112203000 Verwaltung von Sondervermögen 112204000 Konzessionsverträge u. - abgaben 112206801 Rechnungslegung 112205000 Zahlungsverkehr, Verw. Kassenmittel 112206802 Buchhaltung, Haushaltsrechnung 112208000 Abwicklung von Geld- und Sachspenden 112207000 Zwangsweise Einziehung von Forderungen	Erträge: 40.198 €  Aufwendungen: 227.640 € davon Personal: 139.750 € und Aufw. für EDV: 54.500 €	<u>Leistungen für Stadtwerke, Sonderschulverband, Musikschulverband und Zweckverband Metropelpark:</u> 1. freiwillige Leistung der Stadt, da eigentlich Aufgabe des jeweiligen Zweckverbands. Für die Erledigung der Aufgabe erhält die Stadt eine Erstattung der Verwaltungskosten in Höhe von 67.650 € (Haushaltsjahr 2017). 2. nein 3. nein 4. ja 5. nein 6. nein 7. nein 8. nein 9. ja	Neukalkulation und Festlegung der Verwaltungskostenerstattungen. Dadurch können eventuell Mehrerträge erzielt werden.	Derzeit nicht bezifferbar, da Kostendeckungsgrad nicht vorliegt. Hierzu ist als erster Schritt ein Arbeitszeitaufschrieb der beteiligten Personen notwendig.	Siehe Spalte "Einsparpotential"		Neukalkulation und Festlegung der Kostenersätze.
	Verwaltungsgebühren	Erträge 815.500 € für Stadt Wiesloch gesamt - Ansatz in einzelnen Fachgruppen	1. Pflichtaufgabe 2. bis 9. nein	Neukalkulation und Festlegung der Verwaltungsgebühren. Die Neukalkulation der Gebührensätze und Überarbeitung ist im FB2 für das 2. HJ 2017 vorgesehen. Nachdem noch keine Kalkulationsgrundlagen vorliegen, kann die Höhe der Mehrerträge derzeit nicht beziffert werden.	Siehe Spalte "Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen"	Siehe Spalte "Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen"		Neukalkulation und Festlegung der Verwaltungsgebühren.



**Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben**  
**Budget: THH 3.1**

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
12.10 Statistik und Wahlen	12100300 Vorbereitung und Durchführung von Wahlen  <b>Beflaggung</b>	Erträge: 13.500 €  Aufwendungen: 64.924 €, davon Personal: 35.600 € und ILV 6.924 € (Bauhof und Fuhrpark 6.804 €)	1. freiwillige Aufgabe 2. nein 3. ja 4. nein 5. eventuell bei Bauhofleistungen 6. nein 7. nein 8. nein 9. entfällt	Verzicht auf Beflaggung der einzelnen Wahllokale bei Wahlen (nur noch Beflaggung Rathaus und Ortsverwaltungen Baiertal und Schatthausen)	Einsparung pro Wahl ca. 1.500 € für Bauhof und Fuhrpark sowie bei Ersatzbeschaffung von Mast, Fahnenhülse und Fahne ca. 1.200 €	1.500 € pro Wahl; bei Ersatzbeschaffung je 1.200 €	Einsparung der Beflaggung (Beflaggung nur noch dort, wo zwingend vorgeschrieben).	Prüfung, ob bei Entfernung von Wahlplakaten in unmittelbarer Nähe eines Wahllokals eine Gebühr erhoben werden kann.
12.21-31 Verkehrswesen	122102001 Parkberechtigungen:  <b>Ausgabe "Gelber Parkausweis"</b>	Erträge: 8.000 €  Aufwendungen: 0 € <i>Personalkosten sind hier künftig zu verbuchen</i>	1. Freiwillige Aufgabe 2. ja (Wegrationalisierung) 3. ja 4. nein 5. nein 6. nein 7. nein 8. nein 9. nein	Reduzierung Bürgerservice bei Wegfall der Aufgabe	Gebührenerhöhung: bei Verdoppelung der Gebühr von 5 €/Jahr auf 10 €/Jahr	ca. 2.400 €	Beibehaltung des "Gelben Parkausweises" für Schwerbehinderte; Erhebung einer kostendeckenden Gebühr	
12.22-31 Einwohnerwesen	122204001  Kundencenter	Erträge: 70.200 €, davon Kundencenter: 44.800 €  Aufwendungen: 100.850 €, davon Personal: 88.750 €	1. Freiwillige Aufgabe	Vertrag wurde seitens der EnBW zum 21.10.2017 gekündigt.	Reduzierung einer 0,07 VZ-Stelle zum Jahresende vorgesehen. Allerdings neue Vereinbarung mit Stadtwerken Heidelberg und Stadtwerken Wiesloch geplant mit Kostenersatz und Stellenanteil.	(3.300 €)	Kostensätze erfolgen durch Stadtwerke Heidelberg und SW Wiesloch - Neue Verträge werden geschlossen; Restreduzierung von 0,04 VZ.	Prüfung der Änderung der Öffnungszeiten, Mo., Di. und Do. von 8-16 Uhr, evtl. nur ein langer Tag, ohne Mehrkosten bzw. Personalkostenenerhöhung
	311-2 Bürgerservice Ortsverwaltungen Baiertal und Schatthausen als Anlaufstelle für den Bürger	Erträge: 19.900 €  Aufwendungen: 114.018 €, davon Personal: 80.450 € und ILV 25.368: €	1. freiwillige Aufgabe 2. ja, Verlegung der Ortsverwaltungen in die Stadtverwaltung; 3. ja 4. nein 5. nein 6. keine ausgelagerten Aufgaben vorhanden 7. nein 8. ja, bessere EDV/Internet 9. siehe 12.22-31 Einwohnerwesen, Meldewesen, Leistungen für andere Behörden	Eingliederungsvereinbarung steht einer Schließung der Ortsverwaltungen entgegen.	kein Einsparpotential vorhanden	0 €		Prüfung Abdeckung der Leistungen durch mobiles Bürgerbüro.  Dabei ist zu berücksichtigen, ob die Geschäftsstelle Ortschaftsrat und die Räume für Sitzungen anderweitig zur Verfügung stehen bzw. angemietet werden und hierdurch zukünftig Räumlichkeiten eingespart werden können.

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
	112402110 und 112402111 Ortsverwaltung Baiertal und Schatthausen	Erträge: 69.780 €  Aufwendungen 64.508 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 1.1 / 3.1 2. Zusammenlegung der beiden Ortsverwaltungen, 3.-7. nein, 8. energetische Gebäudesanierung=Energieeinsparung, 9. ja  <b>Verweis aus Budget FG 5.2</b>	Verzicht oder Verlagerung bzw. Zusammenlegung der Ortsverwaltungen Baiertal und Schatthausen unter Beachtung der Wiedereingliederungsvereinbarung, Einsparungen des laufenden Unterhaltes und mittelfristige Einsparungen Investitionen Baiertal rd. 1.5 Mio. €	einmalige Erträge durch Veräußerung der Objekte			
12.24 Grundbuch	122404001 Grundbucheinsichtsstelle	Erträge 2.000;  Aufwendungen: 27.874 €, davon Personal: 25.250 €	1. Freiwillige Aufgabe 2. Nein 3. Ja, Aufgabe der Stelle 4. Eventuell 5. Nein 6. Entfällt 7. Nein 8. Nein 9. Ja	Reduzierung Bürgerservice; Verweis an das Grundbuchamt Mannheim grundsätzlich möglich 5% der Anträge kommen von außerhalb ( Dielheim, Nußloch, Rauenberg u.a.) - aber freiwillige Kostenbeteiligung der umliegenden Gemeinden ist eher unwahrscheinlich	möglich, bei Abschaffung der Grundbuch- einsichtsstelle	25.874 €		Nach einem Jahr Kapazität/Auslastung überprüfen; Interkommunale Zusammenarbeit prüfen. Bericht über Anliegen und ob diese befriedigt werden konnten.
31.80-31 Soziale Hilfen	Flüchtlingsbeauftragte	s.o.	1. Freiwillige Aufgabe 2. Nein 3. Ja, Aufgabe der Stelle 4. Nein 5. Nein 6. Entfällt 7. Ja (Zusammenarbeit erfolgt bereits z.B. mit Netzwerk Asyl) 8. Nein 9. entfällt	Teilzeitstelle ist befristet auf insgesamt 3 Jahre (GR- Beschluss). Bei Streichung der Stelle fällt Ansprechpartner für Ehrenamtliche weg, andere im Hause würden hier diesen Part übernehmen müssen; die Integration von Flüchtlingen könnte nicht aktiv betrieben werden. Stelle ist von sozialpolitischer Bedeutung und trägt zur positiven Außenwirkung der Kommune bei.	möglich, bei Abschaffung der Stelle; Einsparpotential erhöht sich in den folgenden Jahren, da Förderung dann geringer bzw. nur für 3 Jahre	14.000 €		Beibehalten, je nach Entwicklung Notwendigkeit prüfen.
	Bundesfreiwilligendienst	s.o.	1. Freiwillige Aufgabe 2. - 8. Nein 9. Ja	Unterstützung der Flüchtlingsbeauftragten würde bei Streichung der Stelle entfallen. Diese Stelle trägt zur positiven Außenwirkung der Kommune bei.	Streichung der Budi-Stelle möglich	4.000 €		Beibehalten, je nach Entwicklung Notwendigkeit prüfen.

**Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben**  
**Budget: THH 3.2**

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
12.21-32 Verkehrswesen	122102000 Verkehrsrechtliche und straßenrechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse	Erträge: 84.450 €  Aufwendungen: 115.234 € davon Personal: 102.200 €	1. Pflichtaufgabe 2. Nein 3. Ja, Einschränkungen der Service-Leistungen für die Bürgerschaft 4. - 8. Nein 9. Nein. Erhebung für alle verkehrsrechtlichen und straßenrechtlichen Genehmigungen. - Plakatierungen (Aufhebung der Gebührenfreiheit von Vereinen, Parteien etc.) - Veranstaltungen, Feste (Aufhebung der Gebührenfreiheit für Vereine, Kirchen etc.) - Warenauslagen (gebührenfrei unter 10 m <sup>2</sup> ) - Kundenstopper (gebührenfrei) - Erhöhung der Parkgebühren für Sonderparkausweise (Kindergarten, VHS, Musikschule etc.) - Einführung von Gebühren für die Sonderparkausweise für die Wieslocher Tafel - Anpassung der Gebühren für sonstige Parkausweise (Handwerker, soziale Dienste, Anlieferverkehr Fußgängerzone etc. )	Bürgerfreundlichkeit/Bürgerservice nimmt ab; Verrechnung der Serviceleistungen auch für Vereine, gemeinnützige Organisationen etc.; Erhöhung der Gebühren für Sonderparkausweise. Eine Erhebung von Gebühren bei Kundenstoppern und Warenauslagen unter 10 m <sup>2</sup> wird Verärgerung und Unverständnis bei den Gewerbetreibenden hervorrufen, eine Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Vereine wird Verärgerung und Unverständnis hervorrufen	Erhöhung der Gebühren- einnahmen	ca. 8.000 -10.000 € Mehreinnahmen		Prüfung der Gebührenerhöhung. Wer kommt in Genuss der bisherigen Gebührenfreiheit? Prüfung von Sonderregelungen wie z.B. Kundenstopper.
12.20-32 Ordnungswesen	122004000 Führen des Firmenverzeichnisses	Erträge: 16.000 €  Aufwendungen: 29.428 €, davon Personal: 14.400 €	1. Freiwillige Aufgabe 2.- 4. Nein 5. Ja 6. Nein 7. Ja 8. - 9. Nein	Ein Firmenverzeichnis wird teilweise bereits durch das Stadtmarketing geführt, diese Aufgabe wäre im Gewerbebüro daher entbehrlich.  Seit 2009 gebührenfrei, Einführung einer jährlichen Gebühr wäre sinnvoll, da dann aufwändige Datenüberwachung/ Aktualisierung entfallen würde. Allerdings wäre die Frage, ob dies dann von den Gewerbetreibenden weiterhin so angenommen wird.	Zeitersparnis ca. 1- 2 Std./Monat bei Aufgabe dieser Leistung. Bei Wiederein- führung einer Gebühr kann mit Mehrein- nahmen gerechnet werden. Evtl. lassen sich dann aber weniger Firmen in das Firmenverzeichnis eintragen.	ca. 8.000 €/Jahr Mehreinnahmen (bei zurzeit 400 Einträgen und einer angedachten jährlichen Gebühr von 20 €)	Streichung des Firmenverzeichnisses.	

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
12.60 Brandschutz	126001000 Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung - Einsatz Freiwilliger im Bundesfreiwilligendienst	Erträge: 63.700 €  Aufwendungen: 228.802 €, davon Personal: 170.450 €	1. Freiwillige Aufgabe 2. - 8. Nein 9. Ja	Der Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst unterstützt den Stadtbrandmeister und die beiden Gerätewarte. Die Schaffung einer solchen Stelle ist von sozialpolitischer Bedeutung und trägt zur positiven Außenwirkung der Kommune bei. Die jährlichen Aufwendungen betragen 6.000 €, durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben wird die Stelle mit jährlich 3.000 € bezuschusst.	Streichung der Bufdi-Stelle	3.000 €	Streichung der Stelle Bundesfreiwilligendienst.	
54.60 Parkierungseinrichtungen	546001000-1016 Bereitstellung und Betrieb von Parkierungseinrichtungen	Erträge: 712.370 €  Aufwendungen: 1.074.680 €, davon Bauhof: 29.820 €	1. Pflichtaufgabe 2. - 4. Nein 5. Ja, Beendigung Pachtvertrag der Palatin TG 6. - 8. Nein 9. Ja	Eine Erhöhung der Parkgebühren auf 1,00 € erfolgte im April 2015. Die jährlichen Pachtzahlungen für die Palatin Tiefgarage betragen 747.600 €, dem gegenüber stehen die Einnahmen aus den Benutzungsgebühren in Höhe von 194.200 € (Planansatz 2017). Die Einnahmen aus den anderen Parkierungseinrichtungen betragen 485.700 € (Planansatz 2017).	Bei Kündigung des Pachtvertrages würde ein Überschuss im Bereich Parkierungseinrichtungen erwirtschaftet werden.			Prüfung Aufstellung Parkscheinautomat Parkplätze Schilleranlage oder Nutzung nächster Parkscheinautomat, darüber hinaus Prüfung Schillerstraße, Parkstraße, Hesselgasse bis Schloßstraße.  Gebührenerhöhung Palatin-TG prüfen. Sowie eine Gebührenerhöhung um 10 Cent pro Stunde in Gesamtstadt.  Bewirtschaftung der TG Rathaus durchgängig (viele Dauerparker über Nacht).

### Sparvorschläge Bürger und Verwaltung THH 3.2:

Datum	Absender	Sparvorschläge	Begründung / Anmerkungen / Prüfungsauftrag aus Klausurtagung		
30.04.2017	FB 1	Parkgebühren auch für Palatin-Mitarbeiter, Einsparung/Reduzierung der "Freien Ausfahrtickets" Palatin - Tickets werden oft unnötig ausgedruckt und weshalb müssen Kunden von Veranstaltungen keine Parkgebühren bezahlen?	Palatinmitarbeiter müssen wie Verwaltungsmitarbeiter für das Parken in der TG Gebühren bezahlen, siehe auch Beteiligung Palatin 9.1;  Prüfauftrag Verrechnung Parkgebühren bei Veranstaltung im Palatin im Zusammenhang mit "freien Ausfahrtickets"		Palatinmitarbeiter müssen wie Verwaltungsmitarbeiter für das Parken in der TG Gebühren bezahlen, siehe auch Beteiligung Palatin 9.1;  Prüfauftrag Verrechnung Parkgebühren bei Veranstaltung im Palatin im Zusammenhang mit "freien Ausfahrtickets"

## Haushaltssolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben

### Budget: THH 4.1

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen  36.20-04 Einrichtungen der Jugendarbeit	362001001 Miete im Zentralbereich	Kosten Palatin für Tag der Berufe: 5.700 € (im Zentralbereich gebucht) Aufwendungen: 2.730 €, davon Personal: 2.730 € Erträge 1.260	1) Freiwillige Aufgabe 2) Kostenfestsetzung Miete Palatin 3) Miete 4) gemeinsame Berufstage mit Umlandkommunen Walldorf etc. 5) nein 6-8) nein 9) ja		Verzicht auf Tag der Berufe Personalkosten	8.430 €		Interkommunale Zusammenarbeit mit Walldorf, Zusammenarbeit mit Betrieben und Ziel 50 % einsparen
	362001002 Ferienspaß	Erträge: 4.000 €  Aufwendungen: 20.350 €, davon Personal: 13.650 €	1) Freiwillige Aufgabe 2) ---- 3) Abbau von Standards immer denkbar ist. 4) Eine Zusammenarbeit mit Walldorf und Dielheim wird praktiziert. 5-6) Ein Out- bzw. Insourcing ist nicht denkbar. 7) Eine Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und Vereinen wird intensiv praktiziert. 8) -- 9) nein	Einsparung lässt sich nur durch eine Abschaffung des Ferienspaßes erzielen. Durch eine Einschränkung, egal in welcher Form, gehen viele Möglichkeiten von ehrenamtlichen Engagement verloren. Das kommunale Engagement der Vereine wird reduziert. 2016 wurde die Grundgebühr für die Teilnahme von 1,5 € auf 2 € erhöht (ca. 450 Teilnehmer); Erhöhung auf 3 € möglich. Akzeptanzproblem/Attraktivität. Die Einnahmen durch Gebühren etc. sind an der oberen Grenze angesiedelt.	Personalkosten / Sachkosten bei Entfall oder Einnahmeerhöhung 450 €	16.350 €	Erhöhung der Gebühr auf 3,00 Euro	
	362001003 Sommerferienprojekte und Kinderspielstadt	Erträge: 18.000 €  Aufwendungen: 22.825 €, davon Personal: 6.825 €	1) Freiwillige Aufgabe 2), 3), 5), 6), 8) Keine Veränderungen, die sich finanziell positiv auswirken. 4) Zusammenarbeit mit Dielheim und Walldorf besteht. 7) Großes ehrenamtliches Engagement durch Schülerinnen und Schüler sowie Vereine und Bürger/Innen 9) Einnahmequellen sind ausgeschöpft - Erhöhung einzelner Gebühren wird zu reduzierter Nutzung führen ==> Geringere Einnahmen	Die Projekte laufen annähernd kostenneutral, wenn man die Personalkosten nicht berücksichtigt. Sehr attraktive Projekte, die eine besondere Bedeutung für Eltern in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben. Die Projekte sind auch im Rahmen von sozialem Engagement für Schüler/Innen von großer Bedeutung.	Personal und Sachaufwendungen	4.825 €	Erhöhung der Gebühren um 5 Euro auf 90 Euro.	
	Zirkusprojekt (Miete im Zentralbereich)	Kosten Palatin für Zirkusprojekt: 4.900 € (im Zentralbereich gebucht) Aufwendungen: 2.730 € Personal: 2.730 €	1) Freiwillige Aufgabe 2) Kostenfestsetzung Miete Palatin 3) Miete 4) nein 5) nein 6-8) nein 9) ja	Entfall des Zirkusprojektes	Verzicht auf Zirkusprojekt/ Personalkosten	7.630 €	Erhöhung der Gebühren auf 95 Euro	

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
	362001004 Sommerferienprojekt Kinderbaustelle	Erträge: 4.500 €  Aufwendungen: 13.949 €, davon Personal: 7.949 €	1) Freiwillige Aufgabe. 2), 3), 4), 5), 6), 8) Keine Veränderungen, die sich finanziell positiv auswirken. 7) Großes ehrenamtliches Engagement durch Schülerinnen und Schüler. 9) Einnahmequellen sind ausgeschöpft. Erhöhung einzelner Gebühren wird zu reduzierter Nutzung führen ==> Geringere Einnahmen	Sehr attraktives Projekt, welches eine besondere Bedeutung für Eltern in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat. Die Projekte sind auch im Rahmen von sozialem Engagement für Schüler/Innen von großer Bedeutung. Ein jungenspezifisches Angebot.	Personalkosten /Sachkosten	9.449 €	Keine Erhöhung der Gebühren.	
	362004001 Jugendzentrum Wiesloch, Baieral und Schatthausen	Aufwendungen: 165.365 €, davon Transferaufw.: 138.350 €	1) Keine Pflicht sondern Soll Aufgabe (SGB VIII §11) 2) --- 3) ja 4) --- 5) Aufgabe ist dem Internationalen Bund übertragen. 6) Ein Insourcing ist denkbar. Der finanzielle Vorteil ist - wenn überhaupt marginal. 7) Eine Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und Vereinen wird praktiziert. 8) Strukturell ließen sich evt. Kosten einsparen, wenn man das JUZ im Zentrum Wieslochs in ein anderes Gebäude integriert (Gerbersruhschule). 9) ja	zu 3) Die Reduzierung von Kapazitäten bedeutet auch hier, dass bei Unterschreitung eines bestimmten Personaleinsatzes die gesamte Arbeit / Einrichtung in Frage gestellt wird. Für die "Offene Jugendarbeit" gilt, wie in anderen sozialen Aufgabengebieten auch, dass Beziehungsarbeit auf Dauer angelegt sein muss und Kontinuität braucht. zu 8) Das alte Jugendstilhaus in der Hauptstr. ist insgesamt nur bedingt gut für die zu leistende Arbeit und für die Umsetzung der Konzeption. Zudem besteht ein relativ hoher Sanierungsbedarf. Andere Räumlichkeiten in der Innenstadt könnten Abhilfe schaffen. Die Einnahmen durch Gebühren etc. sind an der oberen Grenze angesiedelt.		165.356 €		Einrichtung Jugendzentren wird nicht in Frage gestellt,  mittelfristig neue Untebringung in Kernstadt in vorhandene städt. Gebäude und Veräußerung der Villa  Für das JUZ Schatthausen Impulse vom Ortschaftsrat  Einsparung durch Wechsel Örtlichkeiten nicht bezifferbar
	112402510 112402511 112402512 Juz Wiesloch, Baieral und Schatthausen	Erträge: 11.952 €  Aufwendungen: 17.640 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 4.1. 2. Verkauf des Gebäudes/Grundstücks JUZ Wiesloch, möglicher neuer Standort Gerbersruhschule, (Abriss JUZ Baieral u. Schatthausen kein Ersatz),  <b>Verweis aus Budget FG 5.2</b>	Aufgabe der Gebäude/Grundstücks, Einsparungen der Wartungs-/Unterhaltung-/Erneuerungskosten	einmalige Erträge durch Veräußerung des Objekts	4.700 €		
36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	365001001 bis 365002037, 365004000 und 365006000 Tageseinrichtungen	Erträge: 3.461.922 €  Aufwendungen: 9.230.978 € davon Personal: 509.950 €, Transferaufw.: 8.384.550 €, Mieten: 214.296 €	1. Pflichtaufgabe 2. nein, Standards festgelegt 3. siehe 2 4. nein 5. bereits erfolgt 6. nein 7. und 8. nein 9. Kindergartenbeiträge erhöhen	1. Dann Einführung eines Zuschussystems für die Einkindfamilien laut GR Beschluss notwendig. Kosten müssten ermittelt werden.  2. Fehlende Sozialstaffelung, die im KiTAG vorgeschrieben ist und die durch eine andere soziale Komponente ersetzt werden müsste z.Bsp. Einkommensabhängige Staffelung	1. Deutliche Erhöhung der Kindergartenbeiträge um 20 % sowie der Krippenbeiträge um 8% bis zum übernächsten Kindergartenjahr 2018/19  2. Verzicht auf Berücksichtigung der familiären Situation (Württemberg Modell)	1. ca. 150.000 € /Jahr  2. ca. 650.000 € / Jahr	1. Beschluss GR vom 26.04.2017 umsetzen mit 10 % und 4 % für Kindergartenjahr 2018/2019 und Gebührenhöhe in GR-Sitzung Juli vorstellen, mit Hinweis auf Auftrag des GR, dann eine Sozialregelung für die 1-Kind-Familie mit Einkommen kleiner 50.000 € vorzuschlagen.  2. Beibehaltung Württemberg-Modell  3. Prüfungsauftrag Kinderplatzbedarf eventuell kostengünstige Lösungen zu finden evtl. Tagesmütter  4. Stundungsantrag KiGa Sonnenwirbel: 10.000 Euro nicht zu stunden sondern zu erlassen - abwarten Ergebnis der Einsparungen	



Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
	365003000 bis 365003007 Flexible Nachmittags- betreuung/Ferienbetreuung	Erträge: 680.200 €  Aufwendungen: 853.336 €, davon Personal: 601.850 €	1.freiwillige Aufgabe 2.nein, Prozesse ist erfolgt 3.nein 4.nein 5.grundsätzlich ja; langfristige Personalbindung 6-8. --- 9.nein	Derzeitiger Kostendeckungsgrad bei 76% bereits sehr hoch. Innerhalb der letzten Jahre erfolgte ständige Gebührenanpassung Erhöhung der Essensbeiträge von 3,90 auf bis zu 4,50 € / Essen	Einsparung der flexiblen Nachmittagsbetreuung an der Ganztagschule Merian.Hier jedoch Kostendeckung bereits bei 86%, da die Beiträge im Ganztagsbereich bereits per GR Beschluss erhöht wurden (9.000 € ).  Mehreinnahmen durch Gebührenerhöhung der Schulessen : auf 4,00 € 13.300 € auf 4,20 € 30.000 € auf 4,50 € 60.000 €	173.000 €	Gebührenerhöhung Mittagessen von 3,90 Euro auf 4,00 Euro.	langfristig Konzeption Ganztagschule GS Merianschule auf 16.00 Uhr auszuweiten um auf die KZB zu verzichten
	365003000 Schülerhort	Aufwendungen: 139.700 € davon Transferaufw.: 139.700 €	1.freiwillige Aufgabe 2. Völlige oder teilweise Reduzierung 3.nein 4-8 . Nein	Träger der Einrichtung muss bei Reduzierung oder Streichung des Zuschusses Angebot zurückfahren oder die Einrichtung schließen.		139.700 €		Verwaltung wird beauftragt Kontakt mit dem Dt. Kinderschutzbund herzustellen und die Struktur aufzuzeigen sowie den Anteil auswärtiger Kinder. Die Gemeinden der auswärtigen Kinder sollen einen Beitrag leisten.
31.10 Soziale Hilfen  31.80-41 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	311008000 Beratung und Angebote für ältere Menschen 311008001 Förderung der Seniorenarbeit a) Planung Generationenbüro b) Koordination Bürgertreff c) Runder Tisch Senioren d) Projekte Seniorenarbeit	Aufwendungen: 41.664 € davon Projektmittel: a) 2.000 € b) 500 € c) 0 € d) 0 € davon Zuschüsse: b) 10.000 € (BÜTZ)  enthalten: 24.350 € Personalkosten 3.860 € ILV	1. Freiwillige Aufgabe 2. & 3. Seit 2007 wurde dieser Bereich bereits auf ein Mindestmaß reduziert; ein weiterer Abbau des Standards ist nicht möglich 4. a, b, c: nein, d: wird je nach Projekt umgesetzt, Z.B. Aktionstage Demenz 5. nein 6. - 7. Die Kooperation mit Ehrenamtlichen sowie anderen Organisationen und Vereinen findet in allen Bereichen statt und ist auch für das neue Projekt Generationenbüro denkbar. 8. nein 9. b: Kommunale Zuschüsse für den Bürgertreff wurden auf ein Mindestmaß reduziert, bei Erhöhung der Preise wäre eine Konzession erforderlich, hierzu ist der Bürgertreff nicht entsprechend ausgestattet und hat nicht die erforderliche Organisationsform; für besondere Veranstaltungen werden vom ehrenamtlichen Leiter regelmäßig Sponsoren gesucht und gefunden. d: je nach Veranstaltung wurde um Teilnahmebeitrag gebeten; der Wegweiser für Senioren wurde durch Werbeanzeigen finanziert.	Bei Wegfall der Seniorenarbeit würden folgende Konsequenzen entstehen:  a: kein Angebot Generationenbüro  b: Unterstützung der Ehrenamtlichen Arbeit entfällt (Pressearbeit, Flyer, Suche neuer Ehrenamtlicher, Besprechungen, Workshops, Anstoß von Projekten)  c: Diese Möglichkeit der Vernetzung und des Austauschs für Aktive in der Seniorenarbeit entfällt  d: Informationen und Aktionen für die Bevölkerung entfallen, Kooperation mit anderen Organisationen, Entwicklung neuer Projekte und Angebote zu Gunsten der Bevölkerung entfällt  Durch die Reduzierung auf ein Mindestmaß im Rahmen der vergangenen Haushaltskonsolidierungen wird hier kein weiteres Einsparpotential gesehen.		41.664 €		Detaillierte Darstellung der Kosten und Kontakt für Zusammenlegung des Pflegestützpunktes mit IAV-Stelle.
	318006002 Förderung von Einrichtungen	Aufwendungen: 50.600 € davon Transferaufw.: 50.600 € (siehe Liste im Anhang)	1. Freiwillige Aufgabe / Leistungen 2. Nein 3. Reduzierung der Zuschussleistungen, soweit nicht vertraglich geregelt (siehe Liste anbei) 4. Fast alle Einrichtungen werden Kofinanziert durch andere Kommunen, Förderstellen oder Träger (Ausnahme: Wohnoase, BIWU, Bürgertreff) 5.-9. Nein	Ausstieg aus bestehenden Verträgen, evtl. Wegfall/Reduzierung des Angebotes der jeweiligen Einrichtung		50.600 €		Vertrag mit der Wohnoase ist zu prüfen



**Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben**

**Budget: THH 4.2**

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Bescheinigung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
28.10 Sonstige Kulturpflege	281001001 Kulturförderung	Erträge: 50 €  Aufwendungen: 141.820 € davon Personal: 17.050 €, Sachaufw.: 11.450 €, Transferaufw.*: 77.150 €, Post- und Fernmeldegebühren und wechselnde jährlich Zuschüsse 1.550 €, Miete 30.872 €, Bauhofleistungen 1.704 €	1. Freiwillige Aufgabe 2. ja, allerdings eingeschränktes Programmangebot 3. ja, siehe 2. 4. besteht teilweise (bspw. Kino) 5. teilweise 6. nein 7. teilweise 8. nein 9. nein	*Transferaufwendungen: -Zuschüsse an kulturelle Vereine (16.250 €) <i>Anlage 1</i> -Kunstfreunde (20.000 €) -Sonstige Vereine (39.900 € - u.a. Palatin-Bezuschussung etc.) <i>Anlage 2</i> -Zuschuss Programm kino (1.000 €)  Bei Einschränkung bzw. Streichung der Zuschüsse für die kulturellen Vereine sind die Konsequenzen nicht abzuschätzen.  Bei Streichung des Zuschusses für die Kunstfreunde, kann die Konzertreihe im Palatin nicht fortgeführt werden (laut Aussage von Herrn Lauer, Organisator der Kunstfreunde).  Bei Kürzung bzw. Streichung der Zuschüsse für die Nutzung des Palatin als Veranstaltungsort können die Vereine dort keine Veranstaltungen mehr durchführen. Die Vereine beschreiben in der aktuellen Situation bereits, dass sie aus ihren Veranstaltungen nicht immer mit einem Plus abschneiden. Wenn auch gleich die Vereine nicht so lukrativ wie Externe für das Palatin sind, sind sie sichere Buchungen/zuverlässige Kunden.  Bei Kürzung des Zuschusses für das kommunale Kino kann dieses nicht weiter fortgeführt werden.  Aufstellung der Sachkosten <i>Anlage 3</i>	Transferaufwendungen  anteilige Personalkosten  Bei Streichung der Kulturförderung	77.150 €  5.000 €  141.820 €		Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien und Zuschussvergabe  Prüfungsauftrag: Programmkino - Erhöhung der Eintrittspreise?  Wofür werden Heizkostenzuschüsse bezahlt? Siehe Anlage 1
	281001003 Musikschule	Aufwendungen: 232.126 € davon Transferaufw.: 175.000 €, Miete 43.026 €, Erstattung übr. Bereich 13.100 €	1. Freiwillige Aufgabe, Mitglied im Zweckverband 2. nein 3. nein 4. besteht bereits 5. bereits eigenständige Einrichtung 6. nein 7. nein 8. nein 9. nein	Der Zuschuss errechnet sich an der hohen Anzahl der Belegungen in Wiesloch.  Die "Erstattung übriger Bereich" beinhaltet die anteiligen Nebenkosten an Strom, Heizung, Wasser, Müllgebühren, Reinigungskosten  Auch geprüft werden sollte die kostenlose Nutzung der Räume, denn die anderen Vereine zahlen eine Nutzungsgebühr.	Bei Austritten aus dem Zweckverband Transferaufwendungen Miete Erstattung übr. Bereich	175.000 € 43.026 € 13.100 €		Neuer Standort und Verkauf der Villa?
42.10 Förderung des Sports	421001000 Sportförderung	Aufwendungen: 379.192 €, davon Personal 14.500 €, Transferaufwend. 101.800 €, Miete 258.036 €	1. Freiwillige Aufgabe 2. Ja, allerdings sind die Auswirkungen auf die Vereinslandschaft nicht abzusehen 3. Ja, siehe 2. 4. nein 5. nein 6. nein 7. erfolgt bereits 8. ja, durch Renovierung bspw. Geringere Heizkosten 9. nein,	Transferaufwendungen/Zuschüsse 93.000,00 € = Jugend (45.500 €), Sportvereine Pflege der Anlage (12.500 €) - <i>Anlage 5</i> , Kreissporthalle (35.000€)  Die Jug.-Zuschüsse wurden bei der letzten HHK reduziert und ein Jahr später wieder angehoben. Aktuell liegt der Zuschuss pro Jug. bei 7,50 €.  Pflege der Anlage durch die Sportvereine = Outsourcing. Die Kosten sind geringer, als die Selbstaussführung durch die Stadt.  Zuschuss KSP wird um ca. 5.000,00 € gesenkt. Es wird weiter geprüft, welche Trainingseinheiten in andere Hallen verlegt werden können.	Kürzung des Zuschusses Kreissporthalle  Kürzung der gesamten Zuschüsse  Personal  Verhandlung mit dem Rhein-Neckar-Kreis bezüglich Mietpreisänderung	5.000 €  93.000 €  14.500 €		Überarbeitung der Sportförderrichtlinien  Prüfungsauftrag: Anlage 5, Pflege der Anlagen Warum sind die Beträge unterschiedlich? Inwieweit wird Jugendarbeit erbracht?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Bescheinigung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
42.41 Sportstätten	424101003 Etten-Leur-Halle	Erträge 66.148 €, davon Miete: 62.148 €, Nutzungsgebühr Vereine: 4.000 €  Aufwendungen 127.564 €, davon Personal: 2.300 €, Sachkosten: 61.950 €, Miete: 59.304 €, Bauhof: 3.960 €	Sonderfall: Hier besteht äußerst selten eine schulische Nutzung	Einer Schließung steht die Eingliederungsvereinbarung entgegen.	Bei Stilllegung: Sachkosten  geschätzte Mehreinnahmen durch Gebührenerhöhung bei Erw. um 10 % bezogen auf den Trainingetrieb  geschätzte Mehreinnahmen durch Gebührenerhebung bei Kinder- und Jugendbereich bei Annahme der hälftigen Gebühr wie Erwachsene bezogen auf den Trainingsbetrieb	61.416 €  340 €  3.230 €		Prüfung ob Verkauf des Gebäudes möglich ist.
	112402402 Etten-Leur-Halle	Erträge: 66.804 € Aufwendungen: 73.042 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 4.2,  <b>Verweis aus Budget FG 5.2</b>	Aufgabe des Gebäudes, Verkauf des Grundstücks, Einsparung der Wartungs-/Unterhaltung-/ Erneuerungskosten	einmalige Erträge durch Veräußerung des Objekts	19.850 €		
1124-42 Grundstücks- und Gebäudemanagement	112409805 Festplatz	Erträge: 7.200 € (Nutzungsgeb. Vereine)  Aufwendungen: 9.854 €, davon Personal: 1.600 €, Sachkosten; 2.050 €, Bauhof: 6.204 €	1. Freiwillige Aufgabe 2. nein 3. nein 4. nein 5. nein 6. nein 7. wird unterschiedlich gebucht/vergeben 8. nein 9. nein, muss angepasst werden	aktuelle Gebühr pro Flohmarkt 1.500,00 € / 6 pro Jahr	Erhöhung um 10 % (volle Kostendeckung)	900 €	Erhöhung der Flohmarktgebühren um 10 %.	
	112409808 Bürgerhaus Altwiesloch	Erträge: 4.576 €, davon Nutzungsgeb. Vereine: 2.500 €, Miete: 2.076 €  Aufwendungen: 49.006 €, davon Personal: 12.550 €, Sachkosten 9.850 €, Miete und Bauhof: 26.256 €	1. Freiwillige Aufgabe 2. nein 3. nein 4. nein, das Gebäude ist ausgelastet 5. nein 6. nein 7. wird unterschiedlich gebucht/vergeben 8. nein 9. nein, muss angepasst werden	Bei Verkauf des Gebäudes könnten die jährlichen Aufwendungen eingespart werden.  Für die private Anmietung könnte die Stadt Wiesloch dann keinen Veranstaltungsort zur Verfügung stellen. (Bsp. Tauffeier, Hochzeit etc.)	Bei Schließung  geschätzte Mehreinnahmen durch Gebührenerhöhung bei Vereinsnutzung  geschätzte Mehreinnahmen bei Anpassung der Gebühren der 25 möglichen privaten Veranstaltungen pro Jahr	44.430 €  175 €  1.000 €	Erhöhung der Nutzungsgebühren für private Nutzer.	
	112402504 Bürgerhaus Altwiesloch	Erträge: 25.652 € Aufwendungen: 22.296 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 4.2,  <b>Verweis aus Budget FG 5.2</b>	Aufgabe des Gebäudes/Grundstücks, Einsparungen der Wartungs-/Unterhaltung-/Erneuerungskosten	einmalige Erträge durch Veräußerung des Objekts	3.550 €		
	112409807 Kulturhaus Wiesloch	Erträge: 105.488 €, davon Nutzungsgeb. Vereine: 1.700 €, Personalkosten: 4.500 €, Miete: 99.288 €  Aufwendungen: 170.650 €, davon Personal: 20.500 €, Sachkosten: 144.000 €, Miete: 17.115 €	1. Freiwillige Aufgabe 2. nein 3. nein 4. nein, der Saal ist größtenteils ausgelastet 5. nein 6. nein 7. wird unterschiedlich gebucht/vergeben 8. nein 9. nein, muss angepasst werden	Bei Schließung fallen Räumlichkeiten für die Nutzung der musikschiule, andern Vereine und politische Organisationen weg.  Erstrebenswert wäre eine höhere Kostendeckung bei der Miete des Kultursaals durch Dritte	Bei Schließung  geschätzte Mehreinnahmen bei Erhöhung der Gebühr	65.162,00 €  1.000,00 €	Kärung ob Verkauf möglich ist, Eigentümer des Gebäudes ist die Steingötter-Greif-Stiftung, Stadt ist Mieterin	
	11202501 Kulturhaus	Erträge: 3.804 € Aufwendungen: 24.050 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 4.2,  <b>Verweis aus Budget FG 5.2</b>	Aufgabe des Gebäudes/Grundstücks (Nutzung Biblio., Musiks., Veranstaltungen im Gebäude Gerbersruhschule möglich), Einsparungen der Wartungs-/Unterhaltung-/Erneuerungskosten	einmalige Erträge durch Veräußerung des Objekts	16.450 €		

**Haushaltssolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben**  
**Budget: THH 5.1**

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
52.10 Bauordnung 52.30 Denkmalschutz 55.20-51 Gewässerschutz 56.10-51 Umweltschutzmaßnahmen	521001000 bis 521009000 Verfahren Bauordnungsrecht 523002000 Denkmalschutz 552002000 Wasserrechtliche Maßnahmen 561005000 Immissionschutz- rechtliche Maßnahmen	Erträge: 358.600 €, davon Gebühren: 355.650 €  Aufwendungen: 373.714 €, davon Personal: 327.300 €	1. Pflichtaufgaben des Baurechtsamts 2.- 9. nein	Erhöhung der Gebühren durch Überarbeitung der Verwaltungsgebührensatzung / Erhöhte Aufwendungen für die Bürgerschaft und Wirtschaft	Mehreinnahmen durch Gebühren; Verweis auf Überarbeitung der Verwaltungsgebühren- satzung			Erhöhung der Personalkapazität zur zügigeren Bearbeitung der Bauanträge (bei 100%iger Kostendeckung)  Überarbeitung der Verw.geb.satzung zur Erhöhung der Einnahmen (siehe auch THH 2.1)
51.10 Stadtentwicklung	511001000 Stadtentwicklung (INSEK versehentlich geplant auf 511005000 Verbindliche Bauleitplanung)	Erträge: 5.250 €  Aufwendungen: 154.496 € (einschl. INSEK), davon Personal: 45.900 €	1. freiwillige Aufgabe "Projekte" (z.B. Städte- bauliche Entwicklung "In den Breitwiesen / Zwischen den Wegen", INSEK, Fußverkehrs- Check) 2. nein 3. ja: Einschränkung bzw. Verzicht auf Stadtentwicklung 4.- 8. nein 9. ja	Weitere Einschränkung bzw. Verzicht auf die Erarbeitung von übergeordneten, quartiers- und themenbezogenen städtebaulichen Strategien und Handlungskonzepten; durch eingeschränkte bzw. fehlende strategische Steuerung der Städtebaulichen Entwicklung keine Vorbereitung der Bauleitplanung möglich; Einschränkung der kommunalen Planungshoheit	Einsparung von einmaligen <u>Projektkosten</u> und <u>Personalkosten</u> durch Verzicht auf jegliche Steuerung der Stadt- entwicklung außerhalb der Bauleitplanung	(2017: 100.000 €) 45.907 €		keine weiteren Einschränkungen, sondern zügigere Abarbeitung der Projekte, hierfür Sicherung der derzeitigen Personalkapazitäten und zeitlich befristete Aufstockung bei Bedarf für Projekte; Überarbeitung der Projektprioritäten zur Vorlage an den GR
54.70 Verkehrsbetriebe/ÖPNV	547001002 Ruftaxi	Erträge/Zuwend.: 35.000 € Aufwendungen: 117.000 €	1. freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe 2. nein 3. ja: Reduzierung der Linien 4.-9. nein	In den Abend- und Nachtstunden eingeschränktes Angebot im ÖPNV für bestimmte Fahrbeziehungen.	zeitnahe Einsparung möglich	82.000 €		Darstellung Kosten- / Nutzenverhältnis und Auslastung der Linien. Ergebnis des Prüfauftrags liegt vor, dieses soll in einer der nächsten Sitzungen beraten werden.



## Haushaltssolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben

### Budget: THH 5.2

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
1124-52,1133-52,5410								Zielsetzung allgemein im Hochbau: Objekte mit Investitionsstau: wenn Investitionen anfallen soll eine Verlagerung bzw. Abbau geprüft werden keine zusätzlichen Objekte aufbauen
11.24-52 Grundstücks- und Gebäudemanagement, Techn. Immobilienmanagement	112402221 Gerbersruhschule	Erträge: 177.156 € Aufwendungen: 154.454 €	1. freiwillig (nach Umzug des Gemeinschaftsschule) - Aufgabenerfüllung bei FB 4. 2. Grundstück/Gebäude verkaufen, 3. nein, 4. Neue Nutzung des Altbaus, 5. ja, Verkauf, 6. nein, 7. ja, 8. ja, Enegetische Gebäudesanierung, 9. ja  <b>Verweis auf Budget FG 4.1</b>	Grundstück und Gebäude veräußern <u>oder</u> Verlagerung bzw. Zusammenfassung anderer Nutzungen - Musikschule, JUZ, VHS etc.	einmalige Erträge durch Veräußerung des Objekts <u>oder</u> einmalige Erträge durch Veräußerung der Objekte von verlagerten Nutzungen (JUZ, Musikschule) bzw. Miet- einnahmen (VHS)			Auftrag an die Verwaltung: zeitnah Gesamtkonzept für Nachnutzung entwickeln bzw. Verkaufsoptionen prüfen (Alternativenprüfung)
	112402441 Lehrschwimmbecken Baiertal	Erträge: 40.852 € Aufwendungen: 36.804 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 4.2, 2.-3. kein Ersatz/Neubeschaffung, Ausweichmöglichkeit LSB Schatthausen, 4. vielleicht mit Nachbarkommunen,  <b>Verweis auf Budget FG 4.2</b>	Aufgabe des Gebäudes, Umnutzung der Fläche als Schulhof, Einsparung der Wartungs-/Unterhaltung-/ Erneuerungskosten		4.000 €		LSB allgemein: wenn Investitionen anstehen, ist die (weitere) Nutzung zu hinterfragen
	112402507, 112402508 Alter Stadtbahnhof, Bahnhofstr. 9	Erträge: 1.000 € Aufwendungen: 21.544 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 4.2, 2.-3. kein Ersatz/Neubeschaffung, Ausweich- möglichkeiten durch Anmietung anderer Räumlichkeiten  <b>Verweis auf Budget FG 4.2</b>	Aufgabe des Gebäudes/Grundstücks, Einsparungen der Wartungs-/Unterhaltung-/Erneuerungskosten	einmalige Erträge durch Veräußerung des Objekts	20.500 €		wenn Investitionen anstehen, soll die weitere Nutzung hinterfragt bzw. ein evtl. Verkauf geprüft werden; Behandlung des Themas im Stadtentwicklungskonzept INSEK
	112402530 Grillhütte Baiertal	Aufwendungen: 200 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 4.2,  <b>Verweis auf Budget FG 4.2</b>	Aufgabe des Gebäudes, Umnutzung der Fläche zum Park, Einsparung der Wartungs-/Unterhaltung-/ Erneuerungskosten, Investitionen mittelfristig 15.000 €		200 €	Verzicht auf Erneuerung der Grillhütte Baiertal	
	1124024630, 112402632 WC-Anlagen	Aufwendungen: 28.744 €	1. freiwillig, 2.-3. kein Ersatz/Neubeschaffung, 4.- 8. nein, 9. ja	Schließung WC-Anlage Adenauerpl. und Eisweihalle, Nutzung der vorh. WC-Anlage Friedrichstr. (WC- Container für Winzerfest, Flohmärkte etc.), Schilleranlage bleibt geschlossen	Schließung Adenauer-WC 28.000 € dauerhaft Schließung Eisweihalle- WC 700 € dauerhaft	Adenauer 28.000 €, Festplatz 700 €		Prüfauftrag Adenauer WC: Vergleich dauerhafter Betrieb zu Stellung mobiler Anlagen für Festivitäten Weiterbetrieb abhängig vom Investor Kubus am Adenauer (ehemals Kaufhaus Dannheimer)
11.33-52 Grundstücksverkehr, Grundstücksverwaltung	113303450 Anmietung Dorfplatz 1, Frauenweiler	Erträge: 10.000 € Aufwendungen: 12.100 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 4.2,  <b>Verweis auf Budget FG 4.2</b>	Kündigung des Mietverhältnisses und Alternativen für die Vereine im Schulgebäude etc. zur Verfügung stellen oder bessere Ausnutzung/Auslastung des Gebäudes anstreben		2.100 €		Aufgabe im Zusammenhang mit Gesamtkonzept Grundschule / Mehrzweckhalle prüfen
	Erbbauzins	Erbbauzinsen: 83.000 €	1. freiwillig, 2.-8. nein, 9. nein	Erhöhung des Erbpachtzins Palatin, Erbpachtzins bei allen anderen Grundstücken in den vergangenen Jahren angepasst und auf dem aktuellen Stand	Mehreinnahmen	23.500 €	Erhöhung des Erbpachtzins Palatin.	

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
	Grundstücksmanagement 113304000 Verwaltung unbebauter Grundstücke für externe Nutzung  Verpachtungen	Mieten und Pachten: 274.570 €	1. freiwillig, 2.-8. nein, 9. nein	Erhöhung des Pachtzins für Kleingärten von derzeit 6 €/a auf 12 €/a, Pacht für Acker/Landwirtschaft von 1 €/ar/a auf 2 €/ar/a	Mehreinnahmen	2.500 € bis 4.000 €	Erhöhung Kleingärten von 6 Euro auf 12 Euro/ar/a  Erhöhung Ackerflächen von 1 Euro auf 1,20 Euro/ar/a	
54.10 Gemeindestraßen	541001003 Öffentliche Brunnen	Aufwendungen: 48.642 €	1. freiwillig, 2. Stilllegung der öffentlichen Brunnen, 3.-8. nein, 9. ja	Stilllegung aller Brunnen im öffentlichen Straßenraum	48.640 €	48.640 €		siehe THH 5.3
Ablöse von Stellplätzen	Ablösung von Stellplätzen PSP-Element 811242700.715.001 Sachkonto 68910000	Verweis auf Finanzhaushalt	1. freiwillig, 2.-8. nein, 9. ja	Erhöhung des Ablösebetrags je Stellplatz (derzeit 6.135,50 € je Stellplatz) auf ca. 12.500 € durch Anpassung der Stellplatzsatzung. (in den Jahren 2011 bis 2016 wurden jährlich 3 bis 6 Stellplätze abgelöst	Mehreinnahmen i.H.v. 6.364,50 € je abzulösender Stellplatz			Anpassung der Stellplatzsatzung.



**Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben**  
**Budget: THH 5.3**

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
55.10 Öffentliches Grün, Landschaftsbau	551001000 Bereitstellung und Unterhaltung von Grün- und Parkanlagen  Grünanlagen	Erträge: 6.950 €  Aufwendungen: 462.360 €, davon Personal: 33.750 €, davon Bauhofleist.: 255.000 €	1. teils freiwillig, teils Pflicht (Verkehrssicherung) 2. nein; 3. ja; 4. nein; 5. ja; 6. nein; 7. wird bereits praktiziert; 8. nein, 9. ja.	Abbau von Pflegestandards bei der Grünflächen- pflege, Verzicht auf Blumenbeete und Einsatz mit Rasen, , Keine Bereitstellung von Kübelplanzen für die Innenstadt. Konsequenzen: Beeinträchtigung des Stadtbildes, des Stadtklimas und der Aufenthalts- qualität der öffentlichen Erholungseinrichtungen. Auch bei Verringerung der Pflegestandards bleibt eine Pflege- und Unterhaltsverpflichtung der öffentlichen Flächen bestehen.	3 statt 4 Pflegegänge/Jahr (10.000 Euro), Sachmittel für Planzen (15.000 Euro), Bauhofleistungen und Personalaufwendungen (22.000 Euro).	47.000 €	Abbau des Standards durch Einsparung / Reduzierung von 10.000 € .	Baumpflegepatenschaften prüfen, Bewässerungsstandard hinterfragen und überprüfen,
	112402503 Musikpavillon (Gerbersruhpark)	Aufwendungen: 354 €	1. freiwillig - Aufgabenerfüllung bei FG 5.3,  <b>Verweis aus Budget FG 5.2</b>	Aufgabe des Gebäudes, Umnutzung der Fläche zum Park, Einsparung der Wartungs-/Unterhaltung-/ Erneuerungskosten	354 €	354 €	keine Erneuerung mittelfristig Abbau Einsparung: 50.000 Euro	
	"Tag der offenen Gärten und Höfe"	s.o.	1. freiwillige Aufgabe; 2. nein; 3. ja; 4. nein; 5. ja; 6. nein; 7. wird bereits praktiziert; 8. nein, 9. ja.	Wegfall des Tags der offenen Gärten und Höfe, gemeinsam mit Walldorf, Tag findet alle zwei Jahre statt Publikumsmagnet und Gartenevent entfällt	2.500 Euro/Jahr Sachmittel und 5.000 Euro/Jahr Personalaufwendungen	7.500 €	Wegfall der Veranstaltung oder Finanzierung der gesamten Aufwendungen (Sachmittel und Personalkosten) durch Dritte (Spenden)	
	Ausstattung mit Parkbänken	s.o.	1. freiwillige Aufgabe; 2. nein; 3. ja; 4. nein; 5. ja; 6. nein; 7. wird bereits praktiziert; 8. nein, 9. ja.	Keine weitere Möblierung mit Parkbänken, Einstellung von Unterhaltungsmaßnahmen, Abräumen defekter Bänke. Konsequenzen: Aufenthaltsqualität sinkt und Naheholungsmöglichkeit ist eingeschränkt	5.000 Euro/Jahr an Sachmittel und 10.000 Euro/Jahr an Bauhofleistungen	15.000 €		wie bisher bzw. intensivere und aktive Sponsorensuche
	Baum- und Gehölzpflegemaßnahmen	s.o.	1. teils freiwillig, teils Pflicht (Verkehrssicherung) 2. nein; 3. ja; 4. nein; 5. ja; 6. nein; 7. wird bereits praktiziert; 8. nein, 9. ja.	Reduzierung der Unterhaltungsmaßnahmen auf Verkehrssicherung, keine Nachpflanzung ausgefallener Bäume Konsequenzen: Anwohnerbeschwerden wegen Beschattung und Beeinträchtigung wegen überragender Äste, kürzere Lebensdauer der Bäume, geringere Aufenthaltsqualität der Anlagen und Plätze, negative Auswirkung auf Stadtklima	Sachmittel in Höhe von 5.000 Euro/Jahr, Bauhofleistungen in Höhe von 25.000 Euro/Jahr und Personalaufwendungen von 5.000 Euro/Jahr	30.000 €	Abbau des Standards durch Reduzierung um die Hälfte. Einsparung: 15.000 Euro	Bewässerungsstandard hinterfragen und überprüfen
	551002000 Bereitstellung und Unterhaltung von Freizeitanlagen und Spielflächen	Erträge: 16.900 €  Aufwendungen: 338.604 €, davon Personal: 21.200 €, davon Bauhofleist.: 166.500 €	1. teils freiwillig (Freizeitanlagen), teils Pflichtaufgabe (Spielplätze, die im B-Plan verankert sind); 2. nein; 3. ja; 4. nein; 5. ja; 6. nein; 7. wird bereits praktiziert; 8. nein, 9. ja.	Schließung von Kinderspielplätzen mit derzeit geringer Frequenzierung (5 von 40 Stck), Reduzierung des Spielangebotes durch Nichtersetzen von Spielgeräten. Reduzierung der Pflegestandards Geräte. Konsequenzen: Geringere Aufenthaltsqualität und Spielwert der Spielplätze, kürzere Lebensdauer von Spielgeräten und Anlagen bei geringerer Pflege	Weniger Sachmittel (5.000 Euro); weniger Bauhofleistungen (25.000 Euro) und weniger Personalaufwendungen (8.000 Euro)	38.000 €		Spielplatzkonzept mit Darstellung der Frequenzierung zur Vorlage GR, bei ggf. Schließung von wenig frequentierten Spielplätzen Umwandlung und Verkauf als Bauplätze, künftig Verzicht auf kostenintensive Spielgeräte, einfache Ausstattung und Reduzierung des Pflegestandards bei wenig frequentierten Spielplätzen

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
	551005000 Bereitstellung und Unterhaltung von Brunnenanlagen	Aufwendungen: 11.996 €, davon Bauhofleist.: 6.000 €	1. freiwillige Aufgabe; 2. nein; 3. ja; 4. nein; 5. ja; 6. nein; 7. wird bereits praktiziert; 8. nein, 9. ja.	Abstellen der Brunnen in <u>Grünanlagen</u> , Becken müssen aus artenschutzrechtlichen Gründen teilweise mit Wasser gefüllt werden (Becken Stadtwingert). Konsequenzen: Geringe Aufenthaltsqualität, wenig Attraktivität, negative Auswirkungen auf Kleinklima	Sachmittel (3.000 Euro) Bauhofleistungen (5.000 Euro) und Personalaufwendungen (1.000 Euro)	9.000 €		Betriebszeiten prüfen und ggf. kürzen Gesamtkonzept erstellen Einzelfallprüfung mit Vorstellung im GR Sponsorensuche bzw. Sponsorenkonzept
55.30 Friedhofs- und Bestattungswesen	553001000 Reihengrabstätten  Gebühren	Erträge: 350 €  Aufwendungen: 127.746 €, davon Personalaufw. 3.000 €, davon Bauhofleist.: 15.996 €	1. Pflichtaufgabe; 2. nein; 3. ja; 4. - 8. nein; 9. nein - derzeitiger Kostendeckungsgrad bei 55 %, ein Kostendeckungsgrad bis 100 % ist rechtlich zulässig	Verbesserung der Einnahmesituation durch Erhöhung des Kostendeckungsgrades. Konsequenzen: Verzicht auf Angebote für eine einfache und kostengünstige (subventionierte) Bestattungsart, Überarbeitung Gebührensatzung Friedhof/Bestattungswesen erforderlich	Mehreinnahmen bei Grabnutzungsgebühren bis max. 15.000 Euro (bei Kostendeckungsgrad 100 %)	15.000 €		Gebührenerhöhung auf Kostendeckung 75 %. Vergleich mit benachbarten Kommunen darstellen.
	553002000 Wahlgrabstätten  Gebühren	Erträge: 135.000 €  Aufwendungen: 362.650 €, davon Personalaufw. 45.900 €, davon Bauhofleist.: 200.004 €	1. Pflichtaufgabe; 2. nein; 3. ja; 4. - 8. nein; 9. nein - derzeitiger Kostendeckungsgrad bei ca. 60 %, ein Kostendeckungsgrad bis 100 % ist rechtlich zulässig	Verbesserung der Einnahmesituation durch Erhöhung des Kostendeckungsgrades. Grabnutzungsgebühren werden deutlich teurer. Vermehrte Rückgabe von Grabstätten und erhöhter Pflegeaufwand durch Grablücken.	Mehreinnahmen bei Grabnutzungsgebühren bis max. 50.000 Euro (bei Kostendeckungsgrad 100 %)	50.000 €		Gebührenerhöhung auf Kostendeckung 75 %. Vergleich mit benachbarten Kommunen darstellen.
	Alternative Bestattungsangebote	s.o.	1. Zusätzliche Angebote sind freiwillig: Urnenstelen, gärtnergepflegtes Grabfeld, Birkenhain, islam. Grabfeld etc., 2. - 4. nein, 5. ist teilweise erfolgt, 6. - 8. nein, 9. Kostendeckungsgrad liegt bei ca. 60 %, ein Kostendeckungsgrad bis 100 % ist möglich	Reduzierung der Bestattungsangebote bis auf einfache Urnen- und Erdgrabstätten (Standard-angebote); Konsequenzen: Attraktivität der Friedhöfe sinkt, Ausweichen auf alternative Bestattungsangebote (Friedwälder u. dergl.)	Minderaufwendungen bei der Anlage und der Unterhaltung von alternativen Bestattungsangeboten, 10.000 Euro Bauhofleistungen, 4.000 Euro Personalaufwendungen <u>oder</u> Gebührenmehreinnahmen (bei Kostendeckungsgrad 100 %)	14.000 €		Gebührenerhöhung auf Kostendeckung 75 %. Vergleich mit benachbarten Kommunen darstellen.
	Unterhaltung der Friedhofsanlagen	s.o.	1. Pflichtaufgabe; 2. nein; 3. Abbau der Standards ist grundsätzlich möglich; 4. - 8. nein; 9. Einnahmen werden über Grabnutzungsgebühren erzielt	Reduzierung der Pflegestandards, Häufigkeit der Mäharbeiten, einmaliger, statt zweimaliger Heckenschnitt, weniger Reinigung und Entsorgung. Konsequenzen: Attraktivität der Friedhöfe sinkt, Beschwerden der Nutzungsberechtigten	Minderaufwendungen bei Sachmitteln 8.000 Euro, bei Bauhofleistungen 20.000 Euro und bei Personalaufwendungen 1.500 Euro	29.500 €	Reduzierung durch Abbau des Standards.	
	553005000 Leichen- und Trauerhallen Gebühreneinnahmen	Erträge: 60.000 €  Aufwendungen: 83.702 €, davon Personalaufw. 4.350 €, davon Bauhofleist.: 996 €	1. Die Bereitstellung einer Leichen- und Trauerhalle ist eine Pflichtaufgabe, jedoch müssen diese Einrichtungen nicht für jeden Friedhof bereit gehalten werden. 2. Reduzierung der Einrichtungen 3.- 7. nein; 8. nein; 9. nein	Erhöhung der Gebühren bis zu einem Kostendeckungsgrad von 100 % möglich. Konsequenzen: evtl. Ausweichen auf Angebote privater Anbieter (da dort ggf. günstiger), Nichtinanspruchnahme der Leistung bzw. geringere Auslastung der Trauerhalle	Mehreinnahmen durch Gebühren ca. 5000 Euro/Jahr (bei Kostendeckungsgrad 100 %)	5.000 €		Prüfung, ob hier eine Kostendeckung in Höhe von 75 % möglich ist. Vergleich mit Angeboten der privaten Anbieter darstellen

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
55.50 Forstwirtschaft	555001000 Holzproduktion	Erträge: 40.000 €  Aufwendungen: 63.650 €, davon Personalaufw. 17.950 €	1. Die Bewirtschaftung der städtischen Wälder ist eine Pflichtaufgabe; 2.- 8. nein; 9. Jährlicher Zuwachs wird nicht ausgeschöpft	Erhöhung der Einschlagsmenge um rund 400 Fm/Jahr ist möglich, allerdings muss dazu das Forsteinrichtungswerk 2016 - 2025 geändert werden	Mehreinnahmen durch erhöhten Holzeinschlag, abzüglich der Aufwendungen ca. 15.000 Euro/Jahr	15.000 €		Erhöhung der Einschlagsmenge. Prüfung soll bis zur Vorlage der Eckwerte erfolgen.
	555003000 Soziale Funktion des Waldes	Aufwendungen: 19.992 €, davon Bauhofleist.: 6.996 €	1. teils freiwillig, teils Pflicht (Verkehrssicherung); 2. nein; 3. ja; 4. nein; 5. ja; 6. nein; 7. wird bereits praktiziert; 8. nein, 9. ja.	Reduzierung der Bänke, der Wegeunterhaltung und der Erholungseinrichtungen sind möglich. Auf die Verkehrssicherung kann nicht verzichtet werden.	Reduzierung Sachmittel um 2.500 Euro, der Bauhofleistungen um 10.000 Euro und der Personalaufwendungen um 2.500 Euro	15.000 €	Reduzierung des Standards und Wegenetz, Finanzierung Bänke durch Sponsoring	
55.40 Naturschutz und Landschaftspflege 56.10-53 Umweltschutzmaßnahmen 11.14-53 Zentrale Funktionen Lokale Agenda	Umweltstelle							Interkommunale Zusammenarbeit ("gemeinsame Umweltstelle")
55.40 Naturschutz und Landschaftspflege	554001000 Biotopvernetzungs- maßnahmen	Erträge: 15.000 €  Aufwendungen: 120.674 €, davon Personalaufw. 48.750 €, davon Bauhofleist.: 19.500 €	1. teils freiwillig, teils Pflicht (Verkehrssicherung + Nachbarrecht); 2. nein; 3. ja; 4. nein; 5. ja; 6. nein; 7. wird bereits praktiziert; 8. nein, 9. ja.	Keine weiteren Maßnahmen, d.h. keine Neuanlage von Biotopen bzw. Reduzierung von Pflege und Unterhaltung bestehender Biotope. Biotopvernetzungsmaßnahmen fördern die Biodiversität und verbinden isolierte Biotopstrukturen, erhalten den Naturhaushalt	Sachmittelaufwand abzüglich der Zuschüsse (ca. 9.000 €), Personalaufwand ca. 6.000 Euro	15.000 €	Reduzierung des Standards. Neuanlage von Biotopen nur mit Nachweis Einbuchung Ökokonto.	
	Gesetzessammlungen	s.o.	1. Pflichtaufgabe (?); 2. Informationen können über Internetportale abgerufen werden. 3. - 8. nein, 9. ja	Abbestellung der regelmäßigen Gesetzessammlungen. Information muss über "juris" oder ähnliche Portale abgerufen werden	Sachmittelaufwand 3.500 Euro/Jahr	3.500 €	Einsparung / Verzicht	
	Mitgliedschaft im Landschaftserhaltungsverband	s.o.	1. freiwillige Aufgabe; 2. - 4. nein; 5. nein; 6.- 8. nein, 9. ja.	Kündigung der Mitgliedschaft im Landschaftserhaltungsverband, Konsequenzen: Angebot über Beratung, Betreuung und Durchführung von Landschaftserhaltungsmaßnahmen entfällt; bisher wurde keine Maßnahmen durchgeführt	Mitgliedsbeitrag/Jahr 1.750 Euro	1.750 €	Einsparung / Verzicht	
	Hochstammaktion	s.o.	1. freiwillige Aufgabe; 2. - 8. nein; 9. höhere Beiträge müssten mit dem Zuschussgeber abgestimmt werden	Förderung von kraichgautypischen Hochstämmen im Außen- und Innenbereich würde entfallen. Förderung der Artenvielfalt wird eingeschränkt.	Sachmittel 1.700 € (abzgl. Zuschuss und Verkaufserlös 1.400 €) Personalaufwendungen 500 €	800 €	Einsparung / Verzicht	
	Strauchaktion	s.o.	1. freiwillige Aufgabe; 2. - 8. nein; 9. höhere Beiträge müssten mit dem Zuschussgeber abgestimmt werden	Förderung von kraichgautypischen Sträuchern im Außen- und Innenbereich würde entfallen. Förderung der Artenvielfalt wird eingeschränkt.	Sachmittel 450 € (abzgl. Zuschuss 300 €) Personalaufwendungen 100 €	250 €	Einsparung / Verzicht	
	Aktionstage	s.o.	1. freiwillige Aufgabe; 2.- 8. nein; 9. ja	Ausstellungen zu Umweltthemen im Rathaus und extern würden entfallen.	Sachmittel 1.000 € Personalaufwendungen 500 €	1.500 €	Einsparung / Verzicht	
	Gemarkungssäuberungs- aktionen mit Schulen	s.o.	1. freiwillige Aufgabe; 2. Verzicht auf 600 € Sachmittel ohne Abbau des Standards möglich; 3.- 8. nein; 9. ja	Umweltpädagogik und Mitmachaktion zur Gemarkungssäuberung an der Pestalozzischule würde entfallen.	Sachmittel 1.400 € Personalaufwendungen 100 € Bauhofleistungen 300 €	1.800 €	Reduzierung um 600 Euro oder Streichung wenn gar nicht mehr stattfindet.	
	56.10-53 Umweltschutzmaßnahmen	561007000 Gesamtstädtisches Klimaschutzkonzept	Aufwendungen: 10.580 €	1. freiwillige Aufgabe; 2. - 4. nein; 5. nein; 6.- 8. nein, 9. ja.	Keine Erstellung eines gesamtstädtischen Klimaschutzkonzeptes. Der Gemeinderat hat sich im Kooperationsvertrag mit dem Kreis verpflichtet ein Klimaschutzkonzept zu erstellen. Dieser Beschluss müsste zurück genommen werden. Umsetzung fraglich (Personal- und Sachmittel).	Einsparung von Sachmitteln und Personalaufwendungen, ca. 11.000 Euro, (einmalig in 2017)	11.000 €	

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
11.14-53 Zentrale Funktionen Lokale Agenda	111409000 Lokale Agenda	Aufwendungen: 36.892 €, davon Personalaufw. 23.500 €, davon Bauhofleist.: 2.496 €	1. freiwillige Aufgabe; 2. - 4. nein; 5. nein; 6.- 8. nein, 9. ja.	Umweltbildungsprojekte, Aktionstage, Nachhaltigkeitsbericht, Bauernmarkt, Hofladenführer und Nachhaltigkeitstage könnten nicht mehr durchgeführt werden	Einsparung von Sachmitteln abzüglich Zuschüssen (ca. 10.500 Euro), Einsparung von Personalkosten ca. 23.500 Euro  geringerer Aufwand für Hausmeisterdienste	34.000 €	Verzicht auf: Aktionstage, Nachhaltigkeitsbericht, Hofladenführer und Nachhaltigkeitstage; Bauernmarkt und Schulprojekt als Bildungsmaßnahme beibehalten (10.500 € Ansatz - 4.000 € Basisbudget - 3.500 € = 3.000 €); langfristig Einsparung der anteiligen Personalkosten	
54.50 Straßenreinigung / Winterdienst	545001000 Straßenreinigung  Hauptverkehrsstraßen	Erträge: 6.500 €  Aufwendungen: 394.846 €, davon Personal: 9.650 €, davon Bauhofleist.: 240.000 €	1. Pflichtaufgabe: Der Umfang der Reinigung ist jedoch nicht festgelegt. 2. nein; 3. ja; 4. ja; 5. wird praktiziert; 6. nein; 7. - 8. nein; 9. ja	Maschinelle Reinigung: Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen, 14-tägig, Vertrag bis Ende 2018	Reduzierung oder Aufgabe der Leistung, Sachmittel ca. 22.500 Euro/Jahr	22.500 €	Reduzierung auf die Hälfte	interkommunale Zusammenarbeit z.B. mit AHW
	Anliegerstraßen	s.o.	1. freiwillig 2. nein; 3. ja; 4. ja; 5. wird praktiziert; 6. nein; 7. - 8. nein; 9. ja	Maschinelle Reinigung: Wohn- und Anliegerstraßen, 1/4 jährlich, Vertrag bis Ende 2018	Reduzierung oder Aufgabe der Leistung, Sachmittel ca. 3.500 Euro/Jahr	3.500 €	Reduzierung auf die Hälfte	
11.25 Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge	112503000 Bauhof und Stadtgärtnerei	Erträge: 2.033.216 €  Aufwendungen: 2.180.870 €, davon Personal: 2.024.900 €	1. freiwillig: Das Vorhalten eines Regiebetriebes zur Erfüllung technischer Dienstleistungen ist keine Pflichtaufgabe einer Verwaltung; 2. nein; 3. nein; 4. ja, wird genutzt: mit Dielheim Streusalzbeschaffung; mit Walldorf Ausschreibung private Sinkkastenreinigung; 5. wird z.T. praktiziert, wo es wirtschaftlich ist: Sinkkastenreinigung, teilweise Straßenreinigung, teilweise Grünflächenpflege / vollständiges Outsourcing von Bauhof und Stadtgärtnerei grundsätzlich möglich; 6. nein; 7. wird praktiziert; 8. Nein, 9. Ja, die Verrechnungssätze sind kostendeckend ermittelt.	Die Aufgabenerfüllung erfolgt gegen interne Verrechnung der Leistungen. Durch die Festlegung kostendeckender Stundensätze kann der tatsächliche Aufwand einer Dienstleistung ermittelt und im Einzelfall einer privaten Leistungserbringung gegenüber gestellt werden.	ggf. Einsparpotential durch verstärkte interkommunale Zusammenarbeit			Kein Verzicht auf Bauhof Prüfauftrag: Zusammenlegung Bauhof / Stadtgärtnerei mit Stadtwerken (mögliche Synergieeffekte u.a. im Hinblick auf Personal, Geräte und Fuhrpark)
53.60 Bereitstellung von Telekommunikations- anlagen	536001000 Breitbandversorgung	Aufwendungen: 45.650 €, davon Personal: 14.500 €	1. freiwillig: Die Breitbandversorgung von Gewerbe- und Wohngebieten ist grundsätzlich keine Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge, 2. - 8. nein, 9. ja	Für die Entwicklung eine attraktiven Wohn- und Gewerbestandortes ist eine ausreichende Versorgung mit Breitband unverzichtbar.	Kündigung der Mitgliedschaft im Zweckverband fibernet m	31.000 €		
	536002000 Öffentliches WLAN	Aufwendungen: 4.668 €, davon Bauhofleist.: 156 €	1. Die Bereitstellung eines WLAN ist eine freiwillige Leistung; 2.-8. nein, 9. ja	Verzicht auf öffentliches WLAN: Die Attraktivität der Innenstadt, vor allem für junge Leute, nimmt weiter ab. <u>Oder</u> mittelfristig Abschluss günstigerer Verträge im Zuge der Digitalisierungskampagne des Landes	Kündigung des Vertrages über den Betrieb eines öffentlichen WLAN	4.500 €		

## Haushaltskonsolidierung - Einsparpotential bei freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben Stadtwerke

In der u.a. Tabelle sind abschließend **alle** freiwillige Leistungen aufzuführen. Pflichtaufgaben nur insoweit Einsparpotentiale vorhanden sind.

Prüfungskriterien:

1. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe oder freiwillige Aufgabe?
2. Bestehen Möglichkeiten zur Rationalisierung (Prozessoptimierung)?
3. Ist ein Abbau des Standards möglich?
4. Besteht die Möglichkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Ist eine Privatisierung möglich (Outsourcing)?
6. Könnten ausgelagerte Aufgaben evtl. kostengünstiger in Eigenregie erledigt werden (Insourcing)?
7. Ist eine Zusammenarbeit mit Privaten (ehrenamtlich Engagierten, Vereine, Unternehmen) denkbar?
8. Könnte durch einmalige Zahlungen, z.B. durch Investitionen, die Wirtschaftlichkeit verbessert werden?
9. Werden die möglichen Einnahmequellen ausgeschöpft?

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
	Weihnachtsfeier, Grillfeier	850 €	1. freiwillige Leistung 2. ja bei Abschaffung oder Kostenübernahme 3. bis 9. nein	Stärkung des WIR-Gefühls, Attraktivität als Arbeitgeber, Engagementeinbußen	Weihnachtsfeier: Grillfeier:	700,00 € 150,00 €		wird beibehalten Prüfung ob Rufbereitschaft mit Bauhof zusammengelegt werden kann
								Durchführung eines Organisations- gutachten
<b>WieTalBad</b>		Erträge: 246.300 € Aufwendungen: 992.550 € Verlust: -746.250 €	1: freiwillige Leistung, 2: eher nein, 3. nein, 4. wird bereits realisiert, 5: nein, 6: nein, 7. nein, 8. nein, 9. ja Schließung des Bades	Wegfall der größten Freizeiteinrichtung in Wiesloch mit im Schnitt 120.000 Besuchern/a; fehlen von Möglichkeiten zur aktiven, gesunden Freizeitgestaltung gerade auch bei Jugendlichen.	Betriebsverlust/ Verlustausgleich durch die Stadt (haushaltswirksam)	bei Stadtwerke: 96.250 € bei Stadt: 650.000 €		Prüfung Solar- und Geothermie und Kooperation mit Investor für weitere Vermarktung z.B. Events; vor Sanierung der Altgebäude muss konzeptionelle Nutzung geprüft werden; Prüfung ob die LSB von den SW betrieben werden;
	Öffnungszeiten	s.o.	1: freiwillige Leistung, 2: eher nein, 3. nein, 4: wird bereits realisiert, 5: nein, 6: nein, 7. nein, 8. nein, 9. ja, Reduzierung der Öffnungszeiten	auf 5 d/Woche und 8 h/d; durch Wegfall des Schichtdienstes könnten 2 MA eingespart werden; Reduzierung der Eintrittserlöse (geschätzt bis 30% oder 75.000 €), kaum Einsparungen bei den Betriebskosten (Wärme, Strom,...) möglich, da Aufbereitung 24 h/d betrieben werden muss.	Personal: 90.000 € Minderung Eintrittsentgelte: 75.000 € Einsparung Aufbereitung: 10.000 €	25.000,00 €		Öffnungszeiten werden beibehalten, Prüfung ob Wasserfläche reduziert werden kann, Vermarktung der Randzeiten an Firmen o.a.. Einführung eines Kassensystemen, Plakat "Ihr Eintritt kostet der Stadt..."
	Sonnensegel Kinderspielfeld	15.000 €	1: freiwillige Leistung, 2: nein, 3. ja, 4: nein, 5: nein, 6: nein, 7. nein, 8. nein, 9. trifft nicht zu, Verzicht	Entfall des von den Besuchern gewünschten weiteren Sonnensiegels zur Abschattung des Kinderspielfeldes.	Entfall der Investitionsposition	15.000,00 €	Auf die Beschaffung eines weiteren Sonnensiegels wird verzichtet.	
	Umbau Sanddüne	62.000 €	1. freiwillige Leistung 2. nein 3. ja 4. nein 6. nein 7. ja 8. nein 9. nein	Entfall des Umbaus. Geringere Nutzung der entsprechenden Fläche im Freibad.	Entfall der Investitionsposition	62.000,00 €	Umgestaltung wird nicht vorgenommen, Beibehaltung der Sanddüne	

Produktgruppe	Kostenstelle (Produkt)	Planansatz 2017	Prüfungskriterien / Veränderungsmöglichkeiten	Konsequenzen / Beschreibung der Einsparungen	Einsparpotential	Betrag Einsparpotential	Beschluss GR 26.07.2017	Prüfauftrag GR 26.07.2017
	Eintrittserlöse	240.000 €	1: freiwillige Leistung, 2: eher nein, 3: nein, 4: wird bereits realisiert, 5: nein, 6: nein, 7: nein, 8: nein, 9: ja Verbesserung der Erlössituation durch Preisanpassung	nach Erhöhung der Eintrittsentgelte zuletzt zur Saison 2015 wird eine moderate Anpassung zur Saison 2018 durchaus als marktfähig eingeschätzt; Kritik der Besucher wird dennoch nicht ausbleiben	Analog der Preisanpassung 2014/2015 können bis zu 40.000 € Mehrerlös erwartet werden.	40.000,00 €	Gebühren für Verlust der Saisonkarte wird auf 10 Euro erhöht.	
<b>Fuhrpark Stadtwerke</b>	PKW, Transporter		1: Pflichtaufgabe, 2: nein, 3: bedingt, 4: nein, 5: nein, 6: nein, 7: nein, 8: nein, 9: --	Die Fahrzeuge werden bis zum Ende ihrer wirtschaftlichen Lebensdauer genutzt. Erhöhung des Durchschnittsalters von derzeit 7,7 und damit "Streckung" der Neubeschaffung  Das derzeit genutzte Fahrzeug (Focus, alter 16 Jahre, Laufleistung ca. 5 Tkm/a) würde nach Abgang nicht ersetzt, die MA nutzen ihre privat-PKW gegen Abrechnung	Einsparung eines KFZ pro 3 Jahre (ca. 24.000 €)  Unterhaltskosten ca. 1.800 €, Verrechnung Privat-KFZ - 1.500 €, 1 Neubeschaffung / 15 Jahre = 1.600 €/a	8.000 €  1.900 €	Die Fahrzeuge werden bis zum Ende ihrer wirtschaftlichen Lebensdauer genutzt werden. Sollte ein Fahrzeug früher neu angeschafft werden, ist eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchzuführen und dem Betriebsausschuss vorzulegen.	Darüber hinaus Prüfung, ob Fuhrpark gemeinsam mit Bauhof/Gärtnerei genutzt werden kann. Gleiches gilt für die Nutzung der Gebäude.
	Baumaschinen, LKW, Anhänger		1: Pflichtaufgabe, 2: nein, 3: nein, 4: nein, 5: nein, 6: nein, 7: nein, 8: nein, 9: --	kein Einsparpotential beizeitigem Durchschnittsalter von 26,9 Jahren				
<b>Sparte Wasser</b>	Ausleihe Standrohre		1: Pflichtaufgabe, 2: nein, 3: nein, 4: nein, 5: nein, 6: nicht zutreffen, 7: nein, 8: nein, 9: nein, Verbesserung der Einnahmesituation	Einführung einer Mietgebühr (z.B. 20 €)	Bei 30 Ausleihen/a	600,00 €	Eine Mietgebühr soll eingeführt werden, Vereine erhalten eine kostenfreie Nutzung, Vorschlag Gebühr 50,00 Euro	
	Stundenverrechnungssätze		1: Pflichtaufgabe, 2: nein, 3: nein, 4: nein, 5: nein, 6: nicht zutreffen, 7: nein, 8: nein, 9: nein, Verbesserung der Einnahmesituation	Die Verrechnungssätze für kostenpflichtige Leistungen wurden zuletzt 2010 angepasst. Gerade die Lohnkosten haben sich seit dem deutlich erhöht, derzeit liegen die Lohnkosten zwischen 29 und 39€/h und damit deutlich unter vergleichbaren Marktpreisen; eine Erhöhung um 20% wäre vertretbar	Je nach Umfang der zu verrechnenden Leistungen wird mit Mehrerlösen von 3.000 bis 6.000€/a gerechnet	3.000 bis 6.000 €		Einführung einer kostendeckenden Gebühr.
	Gartenwasserzähler		1: Pflichtaufgabe, 2: nein, 3: nein, 4: nein, 5: nein, 6: nicht zutreffen, 7: nein, 8: nein, 9: nein, Verbesserung der Einnahmesituation	Erheben einer Abnahmegebühr (siehe Fernwärme); Kundenkritik	30 Zähler x 46,22 €	1.400,00 €		Die Erhebung einer Abnahmegebühr soll geprüft werden.
	Frischwassergebühren	3.062.800 €	1: Pflichtaufgabe, 2: nein, 3: nein, 4: nein, 5: eher nein/wird bereits teilweise realisiert, 6: nicht zutreffen, 7: nein, 8: trifft nicht zu, 9: nein, Verbesserung der Einnahmesituation	Regelmäßige Anpassung der Gebühren. Durch einen Rückgang der Wasserabgabe von 1991 bis 2015 um 43% ist die Gebührenergiebigekeit deutlich langsamer gewachsen als die spezifischen Gebühren in €/m³. Bezieht man die Mehreinnahme von 1991 bis 2015 (1,2 Mio€) auf 24 Jahre und die Frischwassergebühren von 2015 so bleibt ein Plus von 1,6 %/a wodurch bei weitem nicht die durchschnittlichen Kostensteigerungen aufgefangen wurden. Für Unterhalt und Investitionsmaßnahmen steht also effektiv immer weniger Geld zur Verfügung; hinzu kommt, dass im Trinkwasserbereich durch ein sehr hohen Fixkostenanteil kaum Einsparungen bei Reduzierung der Abgabemenge realisierbar sind und weiterhin das Rohnetz und die Anlagen durch zunehmende Überalterung einen höheren Unterhalt und zunehmend Reinvestitionen benötigen. Weiterreichende Gebührenerhöhungen als in den vergangenen Jahren sind daher notwendig.	Gebühren werden jährlich neu kalkuliert. Vermutlich wird für das Jahr 2018 eine Gebührenerhöhung um 0,20 €/m³ notwendig, mittelfristiger Mengenabsatz: 1,5 Mio m³/a	308.000,00 €		Prüfung der Ausnutzung der Kapitalverzinsung, es sollen bei der nächsten Gebührenerhebung mehrere Vorschläge unterbreitet werden.